

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00**, monatlich **70 Pfg.** — Postzeitungsliste Nr. 4099a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **20 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **30 Pfg.** — Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 164.

Mittwoch, den 18. Juli 1906.

13. Jahrg.

Wiederholungspreis.

Zentrum und Landarbeiter.

Von den hundert Mandaten, um die herum das Zentrum seit dreißig Jahren im Reichstage streift, sind vier Fünftel ländlichen Ursprungs. Mehr und mehr zieht die ultramontane Partei, so schreibt man der „Frankfurter Volksstimme“, in den Städten von den Sozialdemokraten bebrängt, und die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo das Zentrum seinen Einfluß über die Industrie-Bevölkerung und damit seine städtischen Mandate eingebüßt hat. Auf dem Lande indes wird seine Herrschaft noch auf lange Zeit gesichert sein — dank der Hilfe der hier alles geltenden Geistlichkeit, dank der rückwärtigen Gesetzgebung, die den Landproletariat zur Regungslosigkeit verurteilt, dank der agrarischen Politik, die dem Zentrum die Bauern als treue Gefolgschaft erhält. Der Einfluß des Zentrums auf dem Lande sollte dieser Partei die besondere Pflicht auferlegen, an der ländlichen Arbeiterbevölkerung die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit wahr zu machen. Aber von jeher hat die soziale Kritik des Zentrums sich fast ausschließlich auf das Großkapital, die Industrie, beschränkt — weil hier zugleich der Liberalismus getroffen wurde. An alledem was die Arbeiter im Handwerk und in der Landwirtschaft zu leiden hatten, sind die Ultramontanen achlos vorübergegangen, um es nicht mit den Krämer- und Kräutern, den Junkern und Bauern, das heißt den Machern und Nutznießern der Zentrumspolitik, zu verderben. Deshalb haben die Ultramontanen nichts getan, die Landarbeiter und das Gefolge aus ihrer Rechtlosigkeit zu befreien, deshalb umgeben die kirchlichen Organisatoren schon die ländlichen Bezirke — zumal hier der rote Schred, die Sozialdemokratie, noch nicht drohte.

Dieser Widerspruch im Verhalten der Ultramontanen ist zu auffallend, und zu bedenklich, um nicht in den Kreisen der christlich organisierten Arbeiter bemerkt zu werden. Bereits hat sich der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in München mit der Frage beschäftigt, und in einer Resolution die Gründung konfessioneller Arbeitervereine auf dem Lande geplant. Aber das sonst so organisationslustige Zentrum hat sich um das Verlangen der christlichen Arbeiter ebenso wenig gekümmert, wie die alte Klerikale. In einer der letzten Nummern des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften wird mit dem Bedauern festgestellt, daß „die hierfür maßgebenden Faktoren, besonders die Geistlichkeit“, in der Frage „nichts getan“ haben. Und doch werden die Landarbeiter, früh oder spät, organisiert werden müssen. „Gegenwärtig“, so schreibt das christliche Gewerkschaftsblatt, „gibt sich die Sozialdemokratie wieder alle Mühe, in die ländlichen Kreise einzudringen, und der neueste Vorschlag geht dahin, eine besondere Organisation für Landarbeiter mit entsprechend niederen Beiträgen zu schaffen. Der Vorschlag ist gemacht worden auf der Konferenz der Zahlstellen des sozialdemokratischen Verbandes der Fabrik-, Hilfs- und Landarbeiter, die im April in Berlin tagte. . . . Es ist ohne weiteres klar, wenn die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften bei den enormen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, Hand in Hand die Organisationsarbeit auf dem Lande antehalten, so ist ein Erfolg auf die Dauer sicher. Will man seitens christlich-nationaler Kreise nun so lange warten, bis auch hier die Sozialdemokratie den Raum abgescöpft hat. Es will uns scheinen, daß es die höchste Zeit wird, daß hier etwas geschieht, nicht nur wegen der sozialdemokratischen Agitation, sondern vor allem auch, weil die Zustände für die Landarbeiter selbst unhaltbar sind.“

Man sieht: wie überall, so ist auch hier die Sozialdemokratie die Anregerin zur besseren Einsicht, die Treiberin zu allem Fortschritt. Wie das Zentrum die industriellen Arbeiter erst organisierte, als die Sozialdemokratie den geheiligten ultramontanen Gefilden drohend nahe, so auch jetzt bei den ländlichen Arbeitern. Allerdings soll deren Organisierung in der zähen Form der konfessionellen Arbeitervereine, die sich auf dem Lande als noch viel jämmerlichere Gebilde darstellen werden, als in den Städten, wo ihre Unfähigkeit und Ohnmacht auf sozialem Gebiete klar zu Tage liegt. Daß die christlichen Gewerkschaften noch nicht mit der Organisierung der Landarbeiter vorgegangen sind, wird von dem christlichen Gewerkschaftsblatt angegeben und damit begründet, daß das ungeheure Arbeitsfeld, das in der Industrie noch vorliegt, auch in absehbarer Zeit kaum Zeit lasse, für den Landarbeiter erhebliche Mittel und Kraft zu gewinnen. Diese Auffassung will ein christlicher Arbeiter-Sekretär, die in der „Wapentischen Arbeiterzeitung“ zu Wort kommt, nicht gelten lassen; er findet darin „zu viel Beschränktheit“, eine „glatte Abgabe an die Landarbeiter“. Die konfessionellen Arbeitervereine seien im Osten, wo der Gutsherr unumschränkt herrsche, gar nicht möglich; die Landwirte würden selber an die Organisierung der Arbeiter gar nicht denken, abgesehen davon, daß die konfessionellen Arbeitervereine eine soziale Tätigkeit gar nicht entfalten könnten. Weil es aber andererseits die allerhöchste Zeit sei, endlich den Landarbeitern die

ersehnte und versprochene Hilfe zu bringen, deshalb sei eine eigene Organisation notwendig, und der nächste Kongreß der christlichen Gewerkschaften sollen sich mit der praktischen Seite der Landarbeiterfrage beschäftigen.

Der organisationslustige Arbeiter-Sekretär wird nun im christlichen Zentralblatt sehr von oben herunter abgefertigt. Er möge ruhig an die Organisierung der Landarbeiter herangehen, aber die christlichen Gewerkschaften hätten vor der Hand anderes zu tun: nämlich den Kampf mit der Sozialdemokratie in den Städten zu führen. „Wer die Arbeiterbewegung unserer Zeit“, so heißt es in dem christlichen Gewerkschaftsblatt, „aufmerksam verfolgt, die Ausprägungstaktik der Unternehmer, das rapide Wachstum der sozialdemokratischen Organisationen, ihren heftigen Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften, der muß zu dem Schluß kommen: in wenigen Jahren wird der größte Teil aller industriellen Arbeiter organisiert sein, eine fastliche Mindeheit in ihren Reihen zu haben und einen festen Boden unter den Füßen zu gewinnen, um den Vernichtungskampf, den die Sozialdemokratie gegen sie begonnen hat, erfolgreich widerstand zu leisten. . . . Angesichts dieser Situation muß sich unsere ganze Tätigkeit auf die Kräftigung und Ausdehnung der christlichen Gewerkschaften unter den gewerblichen Arbeitern richten. Wir dürfen uns nicht durch neben und liegende Aufgaben, mögen sie noch so sehr berechtigt sein, wie die Organisation der Landarbeiter, von diesem einen Ziele ablenken lassen.“

Die Gründe, die das christliche Gewerkschaftsblatt hier anführt, haben ihre Berechtigung; den ultramontanen Organisationen fehlt es in der Tat an Mitteln und Kräften, die Organisationsarbeit unter den Landproletariaten aufzunehmen. Aber auch noch was anderes spricht mit. Haben es schon die christlichen Gewerkschaften mit allen ihren früheren Söhnen verstanden, werden sie vom Zentrum, vom Klerus, von den Behörden teils schiel angesehen, teils offen bekämpft. So würde es ihnen noch viel schlimmer ergehen, wenn sie ihre Tätigkeit auf das Land ausdehnten. Die Zentrumsbauern lassen jetzt, wo die Gefahr erst von weitem droht, schon keinen Zweifel darüber, wie sie die christlichen Organisatoren aufnehmen würden, und das Zentrum weiß, was es den Bauern schuldig ist; es wird sich hüten, nach den Erfahrungen, die es mit den christlichen Gewerkschaften in den Städten gemacht hat, nur noch viel schmerzlichere Erfahrungen auf dem Lande zu machen.

So wird es denn, soweit das Zentrum und die in seinem Sinne arbeitenden christlichen Gewerkschaften in Frage kommen, mit der Organisierung der Landarbeiter sein werden haben. Man wird sich, wenn die Sozialdemokratie naht, allenfalls zu Scheinorganisationen nach der Art der ländlichen Arbeitervereine verstehen, die den Zweck haben, den Sozialdemokraten entgegenzuwirken und ultramontanes Sitzenbleib zu zücken. Aber für die Befreiung der Landarbeiter aus ihrer Rechtlosigkeit und ihrem Elend geschieht nichts — bis auch hier die Sozialdemokratie als eine Macht aufzutreten kann, der, wie in den Städten, so auch auf dem Lande, nicht mehr zu widerstehen ist.

Politische Handlungen.

Zentralblatt.

Ueber allen Gipfeln ist Ruh . . . Wie dem „offiziellen“ Lokalanzeiger „von gut unterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, ist die Verzögerung der Strafprozessreform daraus zurückzuführen, daß das Staatsministerium zu dem ihm vorliegenden Grundzügen der Reform noch keine Stellung genommen hat. Dem Vernehmen gemäß werden aber große geschäftliche Arbeiten im Reich ohne Einvernehmen mit dem preussischen Staatsministerium nicht in Angriff genommen. Zu den grundsätzlichen Fragen kommt hier auch noch die Kostenfrage (II); denn „begreiflicherweise“ sind mit der Wiedereinführung der Berufung und der anderen geplanten Neuerungen nicht unerhebliche Kosten verbunden. Dagegen hat sich das Staatsministerium mit dem Plan einer Vereinfachung und Beschleunigung des amtsgerichtlichen Verfahrens, womit die Zivilprozessreform begonnen werden soll, bereits einverstanden erklärt, obwohl auch hier der Kostenpunkt ins Gewicht fällt. — Uebrigens hat ja der Staatssekretär des Reichsjustizamts am 23. Februar d. J. im Reichstage erklärt, „daß ihm die schnelle Förderung der Strafprozessreform“ ebenso am Herzen liege wie dem hohen Hause und daß er „bemüht“ sei auf Grund der angelegten Vorarbeiten Vorschläge an die Regierungen und an den Reichstag bringen zu wollen. — Sonderbar: dem Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts liegt die schnelle Förderung der — übrigens recht zweifelhaften — Strafprozessreform „am Herzen“ und das preussische Staatsministerium hat bis jetzt noch immer keine Zeit gefunden, zu einer Frage von solcher Tragweite Stellung zu nehmen. Daß die rasche Durchführung der vorgeschlagenen Drittelsreformen angeht an der Kostenfrage scheitert, ist bezeichnend für den Eifer, mit dem man „reformieren“ will.

Der russische Student Syponowicz, über dessen Anwesenheit wir am 7. Juli ausführlich berichteten, ist endlich am 11. Juli Nachmittag aus der Haft entlassen worden. Der Haftbefehl war auf Betreiben des Rechtsanwalts Genossen Haase-Königsberg bereits am 29. Juni aufgehoben worden, weil kein „dringender Verdacht“ seiner Beteiligung an einer geheimen Verbindung besteht. Doch wurde Syponowicz, trotz Aufhebung des Haftbefehls, nicht freigelassen. Es wurde nämlich auf Verlangen der Staatsanwaltschaft die Haft aufrechterhalten, weil — ein Auslieferungsverfahren gegen ihn schwebt. Syponowicz hat einen kurzfristigen Ausweisungsbefehl erhalten; seine Auslieferung an Rußland findet aber nicht statt. So scheint die preussische Regierung doch noch vor dem Außerplanmäßigen zurückgeblieben zu sein. Freiwillige Spitzel sollen nach der Behauptung der „Braunschweiger Landesztg.“ in der kolonialen Untersuchungsangelegenheit ihr Wesen treiben. Dem Braunschweiger Blatt wird aus Berlin geschrieben:

„Zum Ueberflusse hat man auch noch die politische Polizei bemüht, und ein Haufen von freiwilligen Spitzeln leistet fieberhaft Dienste. Auf den Berliner Redaktionen läuft in diesen Wochen unter der Maske von Politikern, Journalisten und sonstigen Interessenten eine ganze Anzahl sehr harmlos aussehender Menschen herum, die unter wer weiß was für Vorwänden in Kolonialgespräche zu kommen versuchen. Es ist heute nicht Zeit und hier nicht der Ort, den Schleiter von diesem Getriebe abzureißen. Vielleicht findet sich, ehe wir's ahnen, Gelegenheit, diese Abenteuer a la Ledert und Lüchow endlich einmal zu entlarven. Der Schmutz, den diese kolonialen Angelegenheiten als Begleiterscheinung haben, ist bergeshoch und es kann nur immer wiederholt werden, daß der Lausch-Prozess ein Kinderpiel sein würde gegen einen Monstreprozeß großen Stiles, in den alle in Frage kommenden Personen, Politiker, Beamte und Publizisten einbezogen wurden. Dahin scheint es aber nicht kommen zu sollen. Man verhandelt die Sache Puttkamer für sich vor dem Disziplinarchof, und man verhandelt auch die Sache wider Götz und Genossen gesondert. Dabei kann wenig herauskommen. Es wird sich im wesentlichen darum handeln, festzustellen, wer das Manuskript jenes inkriminierten Artikels in der „Freisinnigen Zeitung“ geschrieben hat, respektive was natürlich noch wichtiger ist, wer es „hiltiert“ hat. Das ist der Knotenpunkt der ganzen Untersuchung.“

Vielleicht kommt aber doch noch mehr heraus: Prozesse werden weiterhin überraschende Wendungen, wie die Affäre Ledert-Lüchow zeigen. Der „Germ.“ zufolge ist die Brisspierre über einen früheren Beamten der Kolonialabteilung sowie über einen Schutzgebietsbeamten verhängt. Gründe sollen nicht angegeben sein.

Wider die Dintensburischen des Reichsverbands empört sich ein verschämter Teil des bürgerlichen Liberalismus. Ein Dr. A. holt in der „Babischen Landeszeitung“ zu einem kräftigen Tritt aus, um aus dem bürgerlichen Lager die Korrespondenz des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie hinaus in die Straßenrinne zu befördern. Der Artikel meint, es sei jetzt — (nach Altkna Herten?) — „die höchste Zeit, auch einmal im bürgerlichen Lager gegen diese oft geraubezu widerliche Korrespondenz energiglichen Front zu machen“. Die dem Reichsverbande angehörenden Ordnungsparteier ahnten sicher nicht, in welsch rauhen, rüpelhaftem Ton, mit welchem Piedergerichte hier der Kampf geführt wird.“ Durch derartig taktloses Poltern und Schimpfen werde die Sozialdemokratie nicht überwinden; besonders beflagenswert bei dieser „Taktlosigkeit und taktischen Rückständigkeit“ sei der Mißbrauch des heiligen Wortes „national“. Es wird dann als Stichprobe aus der Reichsverbands Korrespondenz vom 10. d. M. die Abreibung der Tante Wof angeführt. Dem empörten liberalen Gemüt des babischen Dr. A. kommt es vor, als erhalte die Korrespondenz „mit ihren stets persönlichen Angriffen, ihrem Sieden und Pöhlen nur den Streit der Worte, ohne in der Sache zu nützen, als zerreißt sie die wenigen Fäden einer vernünftigen Aussprache, sprengt die letzten Brücken zwischen Liberalismus und Sozialismus und schafft neue Abgründe und Gegensätze da, wo segensreiche Anfänge der persönlichen Verständigung vielleicht zum Fortschritt, jedenfalls zur Befreiung von Geschäftlichkeit und politischen Knottigkeiten geführt hätten. Auf eine solche Hilfe sollte die deutsche bürgerliche Presse endgültig verzichten. Mehr noch, gegen diese Kampfesart sollte von den maßgebenden Persönlichkeiten einmal eingeschritten werden.“ — Was erwartet Dr. A. eigentlich vom Reichsverband? Schon der Volksmund sagt, von einem Dänen kann man bloß Rindfleisch verlangen!

Ein national-liberaler Parteitag, der in Göttingen stattfinden soll, wird angekündigt. Es ist interessant, das Programm dieser Versammlung von Koryphäen, durch die dem Nationalismus wieder auf die Stämme geholfen werden soll, zu studieren. Das Programm lautet: 6. Oktober — Kommerz im „Rittersaal“; 7. Oktober — Feste im „Ritter-

Jaal"; 8. Oktober — Ausflug durch das Odertal. Zwischen
hinein wird Dr. Sieber „politische Rückblicke und Aus-
blicke“ geben, die „Reichsfinanzreform“ Dr. Paasche ver-
teiltigen und Paasche die „nationalliberale Partei und
Mittelstandspolitik“ verberlichen. — Die Beteiligung an
dem Parteitag verspricht nach den bisher eingelaufenen An-
meldungen ungewöhnlich groß zu werden, da Kluge und
Keller des „Reichstaats“ im besten Ruf stehen.

Preussische Landtagswahlen werden in verschiedenen
Blättern für den nächsten Winter angekündigt und zwar soll
es sich um die Wahlen jener 10 Mandate handeln, die
durch die Bethmannsche Föderation geschaffen worden sind.
Diese Nachricht ist falsch und beruht auf einer irrtümlichen
Auslegung des eben publizierten Gesetzes. Das Gesetz tritt
zum 1. Oktober 1906 in Kraft. Damit ist aber nur gesagt,
dass es von diesem Zeitpunkt ab zur Anwendung zu kommen
habe, sobald Neuwahlen notwendig werden.
Die Mandate würden aber im Winter nur dann zu besetzen
sein, wenn die Regierung das Abgeordnetenhaus auflösen
und Neuwahlen ausgeschrieben würde. Das wird sie aber
voraussichtlich nicht tun; denn ihr Verlangen, den ersten
Sozialdemokraten im preussischen Landtag begrüßen
zu können, ist durchaus nicht so heftig. Nieber bleibt man
häufig unter sich, so lange es geht.

Verwandte Seelen finden sich. Die leitenden
Zentrumsblätter sehen ihre Taktik fort, für die Niederlage
des Zentrumskandidaten im Wahlkreis Altona-Nierlohn die
Freisinnigen verantwortlich zu machen, während ein Teil der
westfälischen Volkspresse des Zentrums, voran der „Westf.
Kultur“, die Schuld auf die Nationalliberalen schiebt. Diese
Taktik der größeren ultramontanen Blätter hat ersichtlich
keinen anderen Zweck, als einerseits auf die freisinnige
Parteileitung einen Druck auszuüben und andererseits die
Nationalliberalen günstig zu stimmen für ein gemeinsames
Vorgehen gegen die Sozialdemokratie bei späteren Stich-
wahlen. Die „Köln. Volkszeitung“, bekanntlich einst die
verrissenste Segnerin des Nationalliberalismus, singt sogar
ein langes Loblied auf die politischen Fähigkeiten der Na-
tionalliberalen in Altona-Nierlohn. Sie schreibt: „Es muß
herausgehoben werden, daß die nationalliberale Partei im
Wahlkreis Altona-Nierlohn im großen und ganzen der Pa-
role ihrer Parteileitung gefolgt und zum weitest größten
Teil für den Zentrumskandidaten Klode gestimmt hat, daß
dagegen von der freisinnigen Volkspartei nur ein ganz
kleiner Teil für Klode eingetreten ist, ein weiterer Bruchteil
sich der Wahl enthalten und das Gros geschlossen für den
Sozialdemokraten gestimmt hat. Die Nationalliberalen im
hiesigen Bezirk sind überhaupt, von einigen Ausnahmen ab-
gesehen, besonnen, in politischen wie auch in
kirchlichen und schulpolitischen Fragen ge-
mäßigte Leute, mit denen sich auskommen
läßt. Durch ihr Entgegenkommen wird schon seit Jahren
den hiesigen konfessionellen Schulsozialisten aus päpstlichen Mitteln pro Kopf der
diese Schule besuchenden Kinder ein jähr-
licher Beitrag von 30 Mark gezahlt. Die
hohen Schullasten der hiesigen katholischen Gemeinde haben
sich dadurch erheblich verringert. Die hiesigen Freisinnigen
bekämpften diese Maßnahme stets auf das heftigste und be-
suchten dieselbe sogar, um bei den Stadtverordnetenwahlen
Stimmungen gegen die Nationalliberalen zu machen. Unsere
Freisinnigen gehören überhaupt mit wenigen Ausnahmen der
Richtung an, die in Müller-Reinigen ihren Führer sieht.“
— Wenn man an die Lage des Kulturkampfes denkt, er-
scheint diese schöne Freundschaft zwischen Zentrum und Na-
tionalliberalismus als blutige Satire. Der Ordnungssinn
und die bürgerlichen Profitsinnlichkeit haben die einst feindlichen
Brüder einander wieder genähert.

Neue Kolonialexperimente in Südwestafrika
versucht der Gouverneur v. Lindequist. Er will näm-
lich „Kleinbesiedlungen“ mit je etwa zehn Hektar gründen,
hat auch schon sieben Ansiedler gefunden, die ihr Glück
probieren wollen. Der Preis einer Heimstätte beträgt 1/2
bis 1 Pf. für den Quadratmeter; 10 Hektar kosten also 500
bis höchstens 1000 Mark, die in jährlichen Teilzahlungen von
nicht unter 100 Mk. an die nächste Regierungsklasse zu ent-
richten sind. Borerst, d. h. bis zur völligen Veruhigung des
Schutzgebietes, ist die Zahlung überhaupt gestundet. Wasser-
pumpen, vor allem die landesübliche Waggerpumpe, ein Pater-
noskerwerk, bezahlt im Bedarfsfalle zunächst die Re-
gierung; Sämereien, Rebstöcke u. dergl. werden
gleichfalls umsonst aus den Regierungsgärten
geliefert. Dafür verpflichtet sich der Käufer, auf dem Grund-
stück zu wohnen, innerhalb des ersten Jahres mindestens
1 1/2 Hektar in Bebauung zu nehmen und einen ausreichenden
Brunnen zu graben. Um der Landspedition vorzubeugen,
darf ferner der Ansiedler vor Ablauf von sechs Jahren und
vor völliger Zahlung des Kaufpreises die Heimstätte ohne
Genehmigung des Gouvernements nicht veräußern. Wander-
schon! Man sagen aber die „alten Afrikaner“ des Schutz-
gebietes, die Spekulation sei ganz falsch. Gewiß, sagen sie,
hat sich der Kartoffelpreis auf durchschnittlich 35 Mk. für
den Zentner, das Gemüse auf 40 Pf. und die Weizensträube
auf etwa 1 Mk. für das Hund in den letzten zehn Jahren
gehalten. Abnehmer war und ist aber immer in erster Linie
die Truppe; was wird aber aus den vielen Kleinbesied-
lern, wenn binnen Jahresfrist der größte der Schutztruppe
zurückgezogen wird? Aber die kolonialbegeisterte „Kölnische
Zeitung“ tröstet: „Schließlich wird die „Milchende
Ruh“, die Truppe, vorerst nur teilweise zurückgezogen
werden; 4 bis 6000 Mann werden noch jahrelang hier ver-
bleiben müssen, daneben sind aber auch noch die zahlreichen
Angehörigen der Zivilverwaltung, Hunderte von Kaufleuten,
Händlern und Gastwirten, vor allem aber die Eisenbahnen
und Mienen Runden der Kleinbesiedler.“ — Man weiß man doch,
welchen Zweck die Besetzung der Sandbüsche durch eine
Armee hat: Dem paar Landbauern müssen Konsumenten für
ihre Produkte gestellt werden; die Aufgabe, zu konsumieren,
haben auch die zahlreichen Angehörigen der Zivilverwaltung.
In der Tat, eine schlauere Wirtschaft dürfte es in der ganzen
Welt nicht geben.

Rußland.

Der Reichsrat ist diesmal der Regierung nicht zu
Willen gewesen. Er lehnte am Sonnabend den Gesetzent-
wurf des Ministeriums, betreffend Maßnahmen gegen
die Hungersnot, ab und stimmte mit 72 gegen 45
Stimmen dem von der Reichsduma angenommenen Geset-
sentwurf zu, wonach 15 Millionen Rubel für Ausgaben im

Monat Juli d. J. zur Beschaffung von Saatgut und Nah-
rung für die durch Mitternate geschädigte Bevölkerung be-
willigt werden. Der Beschluß wird in der Presse als ein
Misstrauensvotum des Reichsrats gegen
das Kabinett Goremylin betrachtet, das geeignet
sei, den Rücktritt des letzteren zu beschleunigen.

Die sibirische Pest ist im Kreise Bjelebsod aus-
gebrochen. Das schloß auch gerade noch.

Gerichtet wurden am hellen Tage in Tzenstochau
zwei Polizeiwachtmeister. Die Täter entkamen
trotz sofortiger Absperrung der Straßen.

Leo Deutsch wieder nach Sibirien. Dem in
Petersburg im Gefängnisse sitzenden Genossen Leo Deutsch,
der seinerzeit von Bismarck an Rußland ausgeliefert wurde
und 16 Jahre im sibirischen Exil saß, aus dem er 1900
entfloh, ist jetzt erklärt worden, daß zwar der Prozeß gegen
ihn eingestellt ist, daß er aber trotzdem auf administrativem
Wege verbannt werden soll.

Oesterreich-Ungarn.

Hungerstreik. Aus Budapest meldet Wolff: Die
sozialistische Gefangene der Strafanstalt Baz
veranstalteten einen Hungerstreik und verweigern seit
Sonnabend jede Nahrungsaufnahme. Die
Ursache war, daß der Anstaltsdirektor einen Brief eines
Gefangenen an ein sozialistisches Blatt zurückwies, worin Be-
schwerden vorgebracht waren. Der Direktor berief sich auf
die Vorschrift, daß die Beschwerde nur auf einem Beschwerde-
bogen eingebracht werden könne, der binnen 48 Stunden dem
Justizministerium unterbreitet werde. Die Gefangenen lehnten
diese Beschwerdeformen ab. Der Anstaltsarzt untersucht
zweimal täglich den Zustand der Hungernden, stellte aber
bisher keine Schädigung der Gesundheit fest. — Wer von
dem ungarischen Justizminister Berechtigtheit erwartet, der irrt
sich. Dort geht — wie bekanntlich auch anderswo — Ge-
walt vor Recht!

England.

Die Armeeform. Die Frage der Armeeform steht
seit dem südafrikanischen Kriege auf der Tagesordnung, ohne
jedes definitives gebracht zu haben. Die Kriegsmi-
nister seit Ende jenes Feldzuges treten mit Plänen hervor, die zu
leidenschaftlichen Diskussionen führen (denn das Interesse an
militärischen Fragen ist groß), aber nach einiger Zeit ver-
worfen werden, so daß das Problem nicht vom Plage rückt.
Abgesehen von dem kleinen Häuflein absoluter Friedens-
freunde (Pacifisten) einerseits und von den Anhängern der
Konfiskation (Aushebung) andererseits gibt es in England
zwei militärische Richtungen, mit denen gerechnet werden
muß. Die eine Richtung ist die sogenannte Blauwasser-
schule, die die Flotte als den einzig wirksamen Schutz-
wall Englands betrachtet. Sie sagt: Ist die Flotte ver-
nichtet, so wird uns eine Landarmee nicht helfen können, da
der Feind gar nicht zu Lande braucht. Er hat uns nur
die Lebensmittelfuhr abzuschneiden und wir müssen uns
ihm auf Gnade und Ungnade ergeben. Die andere
Richtung will eine allgemeine Miliz unter Be-
haltung der bestehenden Armee, die ja eigentlich eine Ko-
lonialarmee ist. Sowohl Balfour (der fröhere konservative
Premierminister) wie Haldane (der jetzige Kriegsminister) ist
Anhänger der Blauwasserlehre. Beide halten eine ernste
Inspektion Englands für unumgänglich. Man hat Haldane mit
der liberalen Forderung nach Herabsetzung der Präsenzstärke
des bestehenden Heeres zu rechnen. Dieser Forderung gab er
auch nach, indem er die Armee um 20 000 Mann verminderte.
Er sagte:

„Die Demokratien der Welt geben ihren Willen
kund, die niederdrückenden Lasten der militärischen
Rüstungen zu erleichtern. Wir in diesem großen, reichen
und mächtigen Lande haben jetzt die Gelegenheit, unseren
Anteil an der Bewegung zu nehmen. Wir haben die Ab-
sicht, in dieser Sache voranzugehen.“

Die Armee, die ausschließlich für den Kolonialdienst und im
allgemeinen für den ausländischen Dienst bestimmt ist, soll
aus 150 000 Mann bestehen: 50 000 Regulären, 70 000
Reservisten und 30 000 Milizen. Ferner schlägt Haldane
eine leicht vorzunehmende Reorganisation der Artillerie vor,
wie sie durch die Einführung von Schnellfeuergeschützen nötig
wurde. Ebenso legt er Gewicht auf die Kolonialbewegung,
die jetzt große Fortschritte unter der Bevölkerung macht. Die
Expansivität dieser Reform betragen 30 Millionen Mark. So
geht England voran in der Herabsetzung des Etats der Flotte
und der Armee.

Amerika.

Der Krieg zwischen Salvador und Guatemala.
Der Kriegserklärung von Honduras an Guatemala ist sofort
ein Einmarsch der Truppen von Guatemala in das feind-
liche Gebiet gefolgt. Aus Managua (Nicaragua) wird ge-
meldet, eine starke guatemalanische Streitmacht sei in Hon-
duras und San Salvador eingedrungen. In beiden Ländern
sind Kämpfe im Gange. Guatemalaner rücken in Honduras
vor. Hierzu liegt folgende Meldung vor: Sonnabend abend
griff die Armee von Salvador die guatemalanische bei Pla-
tana an. Die Guatemalaner verloren an 2000
Tote, Verwundete und Gefangene. Die über-
santa Fe einbringende guatemalanische Armee wurde zurück-
geschlagen. Präsident Bonilla von Honduras telegraphierte,
Honduras habe nicht den Krieg erklärt. — Des weiteren
meldet ein Kabletogramm aus Washington, daß die Re-
publik Salvador und Guatemala die von den Vereinigten
Staaten angebotene Vermittlung zur Beglei-
tung ihrer Streitfragen angenommen haben.

Japan.

Vom Rüstungsfieber gepackt ist nun auch Japans
Regierung. Nach einer Lokativer Meldung wird eine weitere
Ausdehnung der Kriegsflootte durch Neubauten
von Kriegsschiffen und Torpedobooten beabsichtigt. Und das
Soll bezahlt die Kosten.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 16. Juli 1906.

Der Vorsitzende Dr. Gürk eröffnet die Sitzung um
10 1/2 Uhr.

Debattelos genehmigt werden die Senatsanträge betr.
Nachbewilligung auf die Bureaukosten des
Landgerichts und die Kosten der Gerichts-
hausverwaltung im Jahre 1905; Stempel-

Verjonalabgabe für die Spar- und Dar-
lehnskasse Schlutuper Bank, e. G. m. b. H., in
Schlutup, sowie Abänderung des Besol-
dungstatuts für die Beamten der lübeckischen
Zollverwaltung.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Erlaß eines
Nachtrages zu der Verordnung vom 21. No-
vember 1903, betreffend die Einführung
von Wassermessern.

Mühlam wendet sich gegen die bei Wasserbergau-
dung in Aussicht gestellten Strafen, da keine gesetzliche Be-
stimmung dafür in Anwendung gebracht werden kann, des-
halb beantrage er die Streichung der Worte: „und in
Strafe genommen werden kann.“

Senator J. H. Evers meint, daß es nötig ist, den
Antrag Mühlam erst näher zu prüfen; sollten sich keine
Bedenken dagegen herausstellen; so wird der Senat diesem
Antrage seine Zustimmung nicht verweigern.

Schorer ist gegen die Vorlage; zwecks Feststellung
darüber, was eigentlich Wasserbergung ist, bitte er um
Kommissionsberatung.

H. Bape hält es für richtig, daß in der Gesetzgebung
etwas ehrlicher vorgegangen wird. Wir nehmen heute
vielleicht wieder einen Kautschukparagrafen an, wie früher
bei der Wassermesservorlage. Ich bin also gegen die Vor-
lage, werde jedoch für Kommissionsberatung stimmen.

Senator J. H. Evers tritt diesen Ausführung ent-
gegen.

Scharff hätte am liebsten gesehen, wenn die Ein-
führung der Wassermesser obligatorisch gemacht worden
wäre. Er ist gegen die Kommissionsberatung und für den
Antrag Mühlam.

v. Schack ist ebenfalls der Meinung, daß über dem
Begriff Wasserbergung sehr verschiedene Ansichten be-
stehen. Durch den Senatsantrag werden hauptsächlich die
Hauswirte benachteiligt.

Thiele und Bape wenden sich gegen die Senats-
vorlage und gegen die obligatorische Einführung der Wasser-
messer.

Senator J. H. Evers betont, daß an eine Erhöhung
des Wassergeldes nicht gedacht werde.

Der Senatsantrag wird mit dem Abänderungsantrag
Mühlam angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Ausgleich-
ung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1905.

Dr. Wichmann rügt es, daß man nicht gleich die
Straßen am Lindenplatz verbreitert hat, als die Straße
beim Rathschick verbreitert wurde. Weiter kritisiert Redner
die miserablen Wasserhältnisse des Stadtgrabens und
fragt an, was der Senat zu tun gedente, um eine gesund-
heitschädliche Schädigung der Bevölkerung zu verhindern.

Senator J. H. Evers erwidert, daß die seiner Zeit
vorgezeichneten und vom Medizinalamt geprüften Anord-
nungen zum sanitären Schutz der Bevölkerung auch aus-
geführt werden. Der Lindenplatz wird so ausgestaltet wer-
den, daß er den Verkehrsverhältnissen genügt.

Meeths wünscht, daß die Pläne zur Verschönerung
und Ausgestaltung des Volkstentors von den Bürgerchafts-
mitgliedern besonders beschäftigt werden können.

Senator Dr. Schön sagt die Erfüllung dieses Wun-
sches zu.

Wissell: Der Zustand des Stadtgrabenwassers ist
so, daß er nicht mehr schlimmer werden kann; ich kann
nicht umhin, zu erklären, daß in dieser Sache die Bau-
deputation leichtfertig gehandelt hat.

Der Vorsitzende bezeichnet den Ausdruck leichtfertig
als unparlamentarisch und ruft Wissell zur Ordnung.

Nach weiterer Debatte wird die Senatsvorlage ange-
nommen.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betr.
Änderung des Regulativs der Section des
Armenkollegiums für die Kinderpflege-
anstalt vom 20. September 1869.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Neurege-
lung der Schiffsabgaben.

Präsident Fehling hofft, daß aus der Annahme der
Senatsvorlage dem Lübecker Hafenverkehr ein wesentlicher
Vorteil erwachsen wird. Der Einnahmeausfall, der auf
51 000 Mk. beziffert wird, dürfte durch den vermehrten
Verkehr bald wieder ausgeglichen werden. Zu bedauern
ist es, daß der Senat in der Begründung der Vorlage
ausgesprochen hat, die Ermäßigung der Schiffsabgaben
würde eine Gewerbesteuer im Gefolge haben. Dadurch
ist in weite Bevölkerungskreise eine gewisse Beunruhigung
getragen worden.

Senator Bösche betont zunächst, daß der gesteigerte
Lübecker Schiffsverkehr in erster Linie dem Bau
des Elbe-Trave-Kanals zu danken ist; die hierfür gebrach-
ten erheblichen Opfer sind demnach nicht vergeblich ge-
wesen. Der Nordsee-Kanal hat zweifellos einen großen
Teil des Verkehrs Lübeck entzogen; und um denselben
wieder hierher zu leiten, ist die Ermäßigung der Schiffs-
abgaben erforderlich. Auch er glaube mit Herrn
Präsident Fehling, daß der angenommene Einnahmeausfall
durch den vermehrten Verkehr wieder eingeholt werden
wird.

L. Schwarg: Meine Freunde und ich werden für
die Senatsvorlage stimmen, da sie eine Verbilligung der
Schiffsabgaben für nötig halten. In Schiffsabgaben
besteht die Ansicht schon seit langen Jahren, daß die Lü-
becker Abgaben zu hohe sind. Ich möchte dann die Frage
stellen, ob unter dem Begriff Netto-Rauminhalt auch die
Deckladung fallen soll, die bei manchen Schiffen größer
ist als die Innenladung.

Senator Dr. Stooss: Was die letzte Frage des
Herrn Vorredners anlangt, so muß ich erklären, daß
die Decklast nicht als Netto-Rauminhalt zu be-
trachten ist.

Heinsohn begrüßt die Vorlage; im ferneren
wünscht er, daß bei Vergütung von Staatsarbeiten nicht,
wie meistens üblich, große Unternehmer beschäftigt
werden.

Peters erklärte sich in längerer Rede für die
Vorlage.

Senator Habe verteidigt die Senatsvorlage.

Senator Dr. Stooss berichtet seine früheren Aus-
führungen dahin, daß die Deckbauten, die zur Aufnahme
von Ladung dienen, für die Berechnung des Netto-Raum-
gehalts mit in Betracht kommen.

Brösch-Harmsdorf wünscht einen Ausbau der Land-
straße nach Ruffe.

Die Vorlage des Senates wird einstimmig ange-
nommen.

Dem nächsten Senatsantrag, betreffend Einsetzung
eines Erbschaftssteueramtes meint

Mühlam, daß durch die Reichserbschaftsteuer
Lübeck keine erhebliche Einnahmevermehrung erleidet, dafür sei
durch das Mantelgesetz gesorgt. Auch sei es Lübeck un-
genommen, die vom Reich nicht herangezogenen Erbschafts-
berechtigten zur Steuer zu veranlassen.

Stiller fragt an, wann Lübeck ein neues Erbschafts-
steuergesetz erhalten wird.

Senator Dr. Stoss erklärt, daß ein solches in Vorbereitung sei.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen. Der folgende Senatsantrag betrifft die Anstellung weiterer Aufseher an den Gefangenenanstalten.

Jenne: Ich sehe keinen Grund dafür, auf Wunsch der Militärbehörde auf die Kosten bei den Gefangenenanstalten zu verzichten und dadurch unser Budget zu belasten. Mir besten ist es jedoch, diese Frage in einer Kommission zu behandeln, und deshalb beantrage ich die Einsetzung einer solchen.

H. Pape: Es ist erfreulich, daß jetzt die Militärbehörde selbst sagt, die militärische Dienstzeit sei nur zur Ausbildung der Soldaten erforderlich; dann ist es jedoch auch notwendig, daß mit dem Vorschreiben ausgedrückt wird, durch welches den Offizieren aus Soldatenkreisen billige Dienstboten geliefert werden. Ist es möglich, einen ganz gemeinen Teil der Dienstzeit für andere Zwecke als militärische zu verwenden, so ist es richtig, die Dienstzeit überhaupt zu verkürzen.

Die Senatsvorlage wird darauf an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen.

Der nächste Senatsantrag verlangt eine Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige, die Berend Schrödersche Schule besuchende Kinder.

Schulmerich: Die Senatsvorlage beabsichtigt, das Schulgeld für auswärtige Schüler einer hiesigen Schule zu erhöhen; dem kann ich nicht zustimmen, denn die Gründe welche hier für sprechen, treffen auf alle lübeckischen Schulen zu. Der Staat muß pro Kopf eines jeden Schülers eine bestimmte Summe Zuschuß leisten, am meisten für die Schüler des Gymnasiums. Zweckmäßig ist es ferner, daß schwachbegabte Kinder der Volksschule entzogen und einer besonderen Schule zugewiesen werden. Auch in der Berend Schröderschen Schule müßten Unterschiede zwischen den Kindern, die zwar schwach begabt aber dennoch bildungsfähig seien, und dann, die ganz zurückgebliebenen oder gar geistig defekt sind, gemacht werden. Diese Gründe bewegen mich, den Antrag auf kommissarische Prüfung der Senatsvorlage zu stellen.

Senator Dr. Schön will die von Schulmerich angeschnittenen Fragen an die Oberschulbehörde mitteilen. Für die Erhöhung des Schulgeldes ist der Umstand, daß es sich hier um eine Schule handle, die sich nicht jeder Staat leisten könne und daß vielfach Angebote eingegangen sind, in denen Leute für die Unterbringung ihrer Kinder in derselben ein weit höheres Schulgeld, als das festgesetzte, gern bezahlen wollen.

Senator Dr. Vermehren hebt gleichfalls hervor, daß von auswärtigen Eltern vielfach gern ein höheres Schulgeld bezahlt werde.

Bruno: Das Schulgeld für hiesige taubstumme Kinder, welches gegenwärtig 60 Mk. beträgt, ist meines Erachtens viel zu hoch; ärmere Eltern sind sicher nicht imstande, dasselbe bezahlen zu können. Wichtig wäre es, das Schulgeld für hiesige taubstumme Kinder dem der Volksschulen gleichzustellen.

Senator Dr. Vermehren hält das Schulgeld für taubstumme Kinder für angemessen; ärmeren Leuten würde Schulgelderschlag gewährt.

H. Pape hält es, ebenso wie Schulmerich, für angezeigt, die Frage der Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Kinder generell zu prüfen.

Bödelker erklärt die für die Idiotenanstalt maßgebenden Maximen. Auswärtige Kinder würden dort in absehbarer Zeit nicht aufgenommen werden.

Stiller tritt für die Senatsvorlage ein und bittet um Ablehnung des Antrages Schulmerich.

Schulmerich: Dieselben Gründe, die für die Erhöhung des Schulgeldes der Berend-Schröderschen Schule sprechen, treffen selbstverständlich für alle Schulen, auch das Gymnasium zu. Die von mir beantragte Kommissionsberatung soll hauptsächlich eine gründliche Prüfung der Sache bezwecken.

Der Antrag Schulmerich wird nunmehr abgelehnt; der Senatsantrag angenommen.

Ebenso folgender Senatsantrag: Verstärkung des Abschnittes XIII der Ausgaben Seite des diesjährigen Staatsbudgets um 100000 Mark.

Der nächste Senatsantrag trifft Bestimmungen über die Kammer für Handelsfachen.

Landrichter Dr. Lienau wünscht, daß die zweite Kammer für Handelsfachen bereits zum 16. September errichtet werde.

Senator Dr. Schön antwortet, daß die Justizkommission vom Senat bereits diesbezüglich angewiesen worden sei.

Dr. Benda schließt sich Lienau an.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Der letzte Senatsantrag gelangt nicht mehr zur Beratung.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 17. Juli.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flaktschiffer! Ueber den Betrieb von A. Soltz We. ist die Sperre verhängt.

Sansontischer Byzantinismus. Wenn man den geschichtlichen Ueberlieferungen glauben darf, so hat es einmal eine Zeit gegeben, in der Lübeds Bürger sich nicht scheuten, selbst Königen ihren Willen aufzuzwingen; ja, man ging sogar soweit, „Gesalbte“, die doch angeblich durch „Gottes Gnade“ ihre bevorzugte Stellung einnahmen, ihres fetten Postens zu entkleiden. Wie Märchen klingen derartige historische Aemernissen. Gegenwärtig erstirbt das Bürgertum im Byzantinismus. Keine — auch die unpaffendste — Gelegenheit läßt sich die Bourgeoisie entgehen, um die Nichtigkeit des Heineichen Wortes nachzuweisen, daß dem Deutschen zum Hund nur der Schmutz fehlt. Am Sonntag war Volksfest und somit wieder ein Anlaß zum Reden. Herr Bach, seines Zeichens Rechtsanwalt, benutzte die Gelegenheit, um zu zeigen, wie weit es mit dem Männerstolz vor Königskrönen in Lübed bereits gekommen ist. Aus seiner Ansprache sei folgendes hervorgehoben:

„Noch manches Jahrzehnt rann in das Meer der Zeit, bis endlich dem deutschen Volk in seinem Bismarck der langersehnte Führer, der Held, der „Nibelungenentel“ erstand. Viel verkannt und un-

verstanden führte er uns ohne Zagen an starker Hand den Weg zur Einheit, den sein gewaltiges Genie ihm wies — über Königgrätz — vor gerade 40 Jahren — nach Versailles und Paris. Der große Feldenkaiser ward auf Frankreichs Boden der erste Kaiser des jungen geeinten deutschen Reichs, und durch viele deutschen Gauen klang es: „Nun danket alle Gott“ und in jubelnder stolzer Begeisterung erkündete allüberall die „Wacht am Rhein“ und „Heil Dir im Siegerkranz“... Dem alten Feldenkaiser und seinem in der Blüte der Jahre vom unerbittlichen Tode bezwungenen ritterlichen Sohn ist in jugendlichem Alter unser jetziger Kaiser gefolgt. Ein echter Sproß am Hohenzollernstamm, reich begabt, von glühender Vaterlandsliebe und von seltener Lastrast erfüllt, ist er seinem Volke in guten und bösen Tagen der beste Führer gewesen. Seinen Herrschertalenten, seinem energischen Eintritten verdanken wir es, daß das höchste Gut, der Friede, uns bisher erhalten blieb. Wie nahe uns noch in letzter Zeit dank der Mißgunst und der Intrigen unseres Nachbarn die Kriegsgefahr gewesen, wie nur die Stärke und doch besonnene Politik unseres Kaisers diese furchtbare Gefahr von uns abgewendet hat, das sollten wir uns alle Zeit vor Augen halten. Wir sollten uns stets vergegenwärtigen, daß nur, wenn das deutsche Volk in sich einig hinter seinem erhabenen Herrscher steht, nur, wenn es die im Verhältnis zu anderen Staaten geringen Opfer, welche die Erhaltung und Stärkung unserer Wehrmacht zu Lande und zu Wasser von ihm fordert, freudig darbringt, wir stark genug sind, um den Frieden zu sichern.“

Wir wollen nicht weiter darauf eingehen, daß die angeblich geringen Opfer für Heer und Marine bereits nach Milliarden zählen; wir wollen auch nicht darauf hinweisen, daß Byzantiner allen Herrschern hervorragende Talente zugeschrieben haben; wir wollen auch den Vergleich Bismarcks mit dem „Nibelungenentel“ nicht eingehend beleuchten — bekanntlich geht der Sprößling des Nibelungen Alberich und Mörder Siegfrieds, Hagen, im Musik-Drama „Der Ring des Nibelungen“ an der Stirn nach Gold zu Grunde — sondern unsern Lesern nur vor Augen führen, wie der alte Sansontengeist sich gewandelt hat. Das Urteil überlassen wir allen aufrecht gehenden Menschen.

Scharfschießen auf der Balingen Heide. Die Dragoner-Regimenter Nr. 17 und 18 halten in der Zeit vom 16. bis 18. Juli auf der Balingen Heide ein Schießen mit scharfen Patronen ab. Als gefährdet ist der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Weg Balingen-Lauen bis in Höhe des Nordrandes des Exerzierplatzes, Nordrand des Exerzierplatzes, dänische Scheibenschießhaus Wesloe, Eisenbahn vom Fortshaus Wesloe bis zu den Schießständen des Infanterie-Regiments Lübeck, Südrand des Exerzierplatzes Balingen. Die Wege Balingen-Lauen und Balingen-Brandenbaum sind als nicht gefährdet zu betrachten.

Eine Warnung vor der Auswanderung nach gewissen Gegenden Südamerikas erläßt das Berliner Polizeipräsidium in folgender den Zeitungen übermittelten Notiz: „Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, beabsichtigen mehrere Gesellschaften, die in Santiago ihren Sitz haben, deutsche und andere Kolonisten heranzuziehen, um sie in Argentinien und Chile, insbesondere im nördlichen Teil des Departements Bahuvia anzusiedeln. Die zu diesem Zweck erworbenen Ländereien sind mit dichtem Urwald bestanden und können nur unter großen Kosten urbar gemacht werden; auch sind sie nur teilweise in der Nähe der Eisenbahn gelegen. In einzelnen Gebieten ist ferner der Boden, der nur eine Humusschicht hat, recht schlecht. Es steht deshalb zu befürchten, daß diejenigen, die sich verleiten lassen, als Kolonisten dort hinüberzusiedeln, einer traurigen Zukunft entgegengehen. Unter diesen Umständen halten wir es für unsere Pflicht, vor einer Auswanderung nach diesen Gegenden dringend zu warnen!“

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkassette schreibt man uns: Am Mittwoch wird das Schauspiel von Hermann Sudermann „Das Glück im Winkel“ zur Auf-führung gelangen. Es gehört dies Werk anerkanntermaßen zu den besten Schöpfungen Sudermanns. Sicherlich wird auch diesmal „Das Glück im Winkel“ seine erprobte Anziehungskraft ausüben. Schülerbillets à 50 Pf. haben zu dieser Vorstellung Gültigkeit. — Am Donnerstag wird der Schwank „Herzogin Crevette“ zum letzten Male in Szene gehen, worauf wir besonders aufmerksam machen wollen.

pb. Festgenommen wurden: 1. ein Buchhandlungsgehilfe, der zum Nachteil seines Prinzipals sich der Unterschlagung und des Betruges schuldig machte. 2. Ein Arbeiter, der seinem Reifeckollegen Kleidungsstücke entwendet hat. 3. Ein Dienstmädchen, welches sich zum Nachteil seiner Herrschaft und deren Pensionären des fortgesetzten Diebstahls schuldig gemacht hat.

pb. Verlassene Kinder. Auf den Polizeimachen des Volksschulplatzes sind während der zwei Tage sechs Kinder als verlaufen zur Anmeldung gebracht worden, welche sämtlich alsbald ihren Angehörigen übergeben werden konnten.

pb. Diebstahl. In einem hiesigen Geschäftshause wurde am gestrigen Nachmittag ein weißleibener Kleiderrock mit Zwischensätzen gestohlen.

Stodellsdorf. Die kirchliche „Toleranz“ erfährt eine drastische Illustration durch folgenden Vorfall, der sich hier anlässlich des Ablebens des im Berufe verunglückten Genossen Zimmerer Carl Grzymajer ereignet hat. Die Witwe wollte ihrem Mann die kirchlichen Ehren zuteil werden lassen. Pastor Egge erklärte jedoch, daß ihrem Wunsche nur dann entsprochen werden könne, wenn die Gewerkschaften und die Partei auf die Teilnahme am Trauerzuge verzichten würden. Selbstverständlich lehnte die Witwe das ab. Darauf ersuchte sie um Gewährung des Glockengeläutes. Der Pastor lehnte auch dieses ab mit dem Bemerkten, daß das Glockengeläute eine kirchliche Handlung sei. Dem Sinne nach bemerkte er, daß durch dasselbe der Einzug einer neuen Seele in das Jenseits angekündigt werde. (1) Trotz der Verweigerung der kirchlichen Ehren ist unser Genosse jedoch in würdiger Weise zur letzten Ruhe gebettet worden. Aus Lübed hatten sich zahlreiche Kameraden des Verstorbenen mit ihrer Fahne eingefunden; dergleichen waren die Stodellsdorfer Kameraden und Parteigenossen stark vertreten. Die Zahl der Teilnehmer beaufreite sich auf ca. 350. Im Sterbhaufe spendete Genosse Stellung dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf. Darauf setzte sich der imposante Zug in Bewegung. Am Kirchhofseingang stand ein Häter der bewaffneten Macht, welcher die roten Schleifen, anheimelnd im höheren Auftrag, beanstandete. Diese Störung erregte allgemeine Erbitterung. Alle Teilnehmer gelobten sich, noch mehr als bisher dafür zu

sorgen, daß die Zahl unserer Mitkämpfer immer mehr zunimmt. Und das hat mit seiner „Toleranz“ der Pastere von Stodellsdorf getan.

Altenhof a. D. Achtung, haugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Harbt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Der heißblütige Hauptmann und das kaltgewordene Mittagessen. Der Hauptmann Richard Lohmann von der in Stade liegenden 9. Kompagnie des 75. Infanterie-Regiments hat sich vor dem Kriegsgericht der 17. Division zu verantworten; zugleich mit ihm ist der Feldwebel Friedrich Bornemann von derselben Kompagnie angeklagt. Der angeklagte Hauptmann soll sich der Mißhandlung resp. vorchriftswidrigen Behandlung von Untergebenen schuldig gemacht und außerdem die ordnungsmäßige Führung des sogenannten Beschäftigungsbuches unterlassen haben; der Feldwebel wird ebenfalls beschuldigt, seine Untergebenen vorchriftswidrig behandelt und das betreffende Buch falsch geführt zu haben, der Hauptmann soll ihn hierzu verleitet haben. Bemerkenswert bei dieser Verhandlung ist der Umstand, daß der Anklagevertreter in einem Zeitraume von anderthalb Stunden nicht weniger als dreimal den Antrag stellt, die Öffentlichkeit auszuschließen, da die militärische Disziplin durch die Einzelheiten der Verhandlung im höchsten Grade gefährdet sei; dreimal wurde dieser Antrag vom Gerichtsstuhl abgelehnt, diese Ablehnung wurde damit begründet, es sei wünschenswert, daß die Sache, die viel Staub aufgewirbelt habe, im vollen Lichte der Öffentlichkeit behandelt werde. Hierzu ist zu bemerken, daß ein Musketier der 9. Kompagnie, Rudolf Schulz, ein Opfer der Erziehungslehre des schneidigen Hauptmannes geworden ist; der arme Mensch konnte die Drillerei wohl nicht mehr ertragen, weshalb er es vorzog, sich durch einen Selbstmord seines Erziehers zu entziehen; durch einen Sprung in den Stadtraben hat er seinem Leben ein Ende gemacht. Da die Vermutung besteht, daß dieser Selbstmord mit dem Vorkommnisse in der Kompagnie in Verbindung gebracht werden muß, wurde eine Untersuchung eingeleitet, die zur Erhebung der Anklage geführt hat. In der Hauptsache dreht es sich um folgende Vorgänge: Der Angeklagte Lohmann, der ein schneidiger Kompagnieführer ist, pflegte häufig in die Reihen der Soldaten hineinzuweichen und mit dem blanken Säbel umherzufucheln; hierbei soll er einmal beim Kompagnieerzieren einem Musketier einen Schlag an den Helm gegeben haben, so daß der Helm brach und vom Kopf gefallen wäre; einen andern Mann, der die Knie nicht ordentlich durchdrückte, schlug er mit dem Säbel in den Rücken, wobei er die Worte: „Du Nas, du Lump!“ und sonstige Schmeicheleien dem Betroffenen an den Kopf warf. Der schneidige Reitermann gibt die Möglichkeit zu, daß er beim Umherfucheln mit dem Säbel unabsichtlich einen Mann getroffen habe, absichtlich habe er keinen Menschen mißhandelt, im Gegenteil, er sei ein Feind der Soldatenmißhandlungen und habe sich immer bemüht, seine Untergebenen von Mißhandlungen abzuhalten; als er seine Kompagnie in Stade übernommen habe, seien ihm die vielen Soldatenmißhandlungen seitens der Unteroffiziere und Feldwebel aufgefallen, wogegen er dann ganz energisch eingeschritten sei. Die Hauptpunkte der Anklage sind folgende: Der Hauptmann soll seine Leute dadurch vorchriftswidrig behandelt haben, daß er sie während der Mittagspause über ließ, so daß sie häufig gar kein Mittagessen bekamen oder das kaltgewordene Mittagessen eilig hinunterzuschlingen mußten; an einem Tage haben einmal mehr als 50 Rekruten den ganzen Tag hungern müssen, sie gehörten zu den schlechtesten Schützen und mußten von morgens früh bis abends spät Schießübungen machen, ohne daß sie etwas Warmes in den Leib bekamen; auch die Unteroffiziere, die diese Übungen beaufsichtigten, blieben den ganzen Tag ohne Essen. Am Abend des Stader Marktes hat er für seine Leute noch von 8-10 Uhr abends eine Puststunde angelegt, um ihnen das Langvergnügen zu verderben. Alle diese Vorkommnisse hat er nicht, wie es Vorschrift ist, in das sogenannte Beschäftigungsbuch eingetragen, er soll sogar dem mitangelegten Feldwebel Bornemann gesagt haben, es sei nicht nötig, diese Dinge einzutragen. Der Feldwebel hat diese Eintragung auch tatsächlich unterlassen, außerdem soll er selbst seine Rekruten mehrfach während der Mittagszeit gebrüllt haben, so daß die Leute kein warmes Essen bekamen. Der Hauptmann räumt ein, daß er sehr energisch vorgegangen sei, da er die Kompagnie bei der Uebernahme in einem sehr schlechten Zustande vorgefunden habe; es habe eine ganz unglückliche Schlappheit geherrscht und der Oberst habe ihm gesagt, er müsse die Kompagnie scharf anfaßen, wenn er sie auf die Höhe bringen wolle; daher sei eine große Strenge am Plage gewesen, zumal da die Unteroffiziere so gut wie die Gemeinen gleichgültige Gesichter gemacht und sich um seine Befehle zuerst kaum gekümmert hätten. Da er ein Feind von Arreststrafen sei, denen er keinerlei erzieherische Wirkung beilege, habe er es für richtiger gehalten, die Leute ordentlich vorzunehmen, anstatt sie in den Arrest zu schicken. Was die unterlassenen Eintragungen anbetrifft, so will er diesen Dingen keinen Wert beigemessen haben. Auch der Feldwebel sucht sich als dienstfertiger, strenger, aber auch gerechter Vorgesetzter hinzustellen; vermutlich ist er von dem „Dienstfeind“ seines Vorgesetzten angefaßt worden. Die Verhandlung nimmt mehrere Tage in Anspruch, da mehr als 70 Zeugen geladen sind; das Resultat werden wir mitteilen.

Hamburg. Bevorstehender Streit in der Hamburger Münze. Das „Echo“ berichtet: Im Mai dieses Jahres richteten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Münze eine Lohnreingabe an die Deputation für Handel und Schifffahrt. Eine aus fünf Personen (drei Arbeiter und zwei Arbeiterinnen) bestehende Kommission ging zu dem Präses Herrn Senator O'Swald, um die in der fraglichen Eingabe vorgebrachten Wünsche mündlich zu begründen. Der Herr Senator versprach, die Sache in der Deputation möglichst zu beschleunigen. Nun waren sechs Wochen vergangen und die Arbeiter warteten immer noch auf den Bescheid. Natürlich wurden die Arbeiter ungeduldig; sie traten an einem der letzten Tage zusammen, um über weitere Schritte in ihrer Angelegenheit zu beraten. Man kam überein, zunächst noch einmal bei dem Präses der Deputation vorstellig zu werden und auf die Folgen zu verweisen, die eintreten müßten, wenn die Löhne der Arbeiter nicht erhöht würden. Der Ausführung dieses Beschlusses kam der Direktor der Münze, der früher vielgenannte Herr Keller, zuvor: Am Sonnabend wurden vier Arbeiter gemahregelt. Die plötzliche und ohne jeden ersichtlich vernünftigen Grund erfolgte Entlassung der Arbeiter ist ein unerhörter Streich des Münzdirektors gegen die ruhigen und in jeder Hinsicht einwandfreien Bestrebungen der Arbeiter. Diesen Faustschlag des Direktors werden die Arbeiter nicht schicksalgebürlich hinnehmen. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen

der Münze sind sehr gut organisiert und werden dem Direktor der Münze schon lehren, daß man mit organisierten Arbeitern nicht in der von ihm beliebten Weise verfahren darf. — Wegen Arbeitslosigkeit einen Selbstmord gemacht. Zwei Mauerer haben sich vorgestern Abend 6 Uhr bei den St. Pauli-Landungsbrücken ein Arbeiter um den Hals und sprang dann in die Elbe. Er wurde aber gerettet und auf Anweisung der Gaspolizei nach dem Hafentränkenhaus gebracht. Er gab an, daß er lange arbeitslos gewesen und aus Verzweiflung sich habe das Leben nehmen wollen.

Sonderburg. Einen tödlichen Unfall erlitt der Windmühlenselbster Jörgensen in Nyndöls bei Sonderburg in folgender Weise. Er trat vom Laufgang durch eine der Löcher in das Innere der Mühle, um beim Segen eines neuen Mühlsteins behilflich zu sein. Hierbei stürzte er durch eine Öffnung. Bei dem etwa 7 Meter tiefen Sturz schlug der corpulente Mann so unglücklich auf, daß er einen Genickbruch mit Zerquetschung des Rückenmarks erlitt. Nach zwei Stunden trat der Tod des 53jährigen Mannes ein, der eine Witwe und 5 Kinder hinterläßt.

Schwerin. Wird die Fürstin Brede wegen Diebstahls angeklagt werden? Eine fast unglaubliche Nachricht kommt aus Südtrom. Es heißt nämlich, daß die Fürstin Brede wegen Diebstahls angeklagt werden soll. Wie jetzt nachträglich bekannt wird, war vom Untersuchungsrichter die Voruntersuchung während der psychiatrischen Beobachtung der Fürstin vorläufig eingestellt worden, jedoch hat das Landgericht die Fortsetzung der auf Diebstahl und Unterschlagung lautenden Untersuchung angeordnet. In den letzten Tagen sind mehrere

neue Diebstahlbeschuldigungen gegen die Fürstin beim Gericht eingegangen. Man wird die Nachricht immerhin mit einiger Vorsicht aufnehmen müssen, denn es ist doch eigentlich kaum daran zu zweifeln, daß eine stehende Fürstin geisteskrank sein muß. — Eine neuere Meldung besagt ferner: Die Voruntersuchung gegen die Fürstin Brede wegen Diebstahls ist nun auch auf die Gesellschaftlerin der Fürstin, Fräulein Weidig, ausgedehnt worden.

Regie-Maßnahmen.

Breslau. Das Strafverfahren gegen den Arbeiter Biewald, dem bei dem bekannten Krawall die linke Hand abgeschlagen wurde, ist eingestellt. Es wäre auch eigenartig gewesen, wenn es gegen B. zur Verhandlung gekommen wäre.

Breslau. Bei einem heftigen Gewitter, das über der Ortschaft Janowitz (Schlesien) niederging, schlug der Blitz in den Fests des Hauses des Schneiders Wittenberg ein. Der Blitz nahm seinen Weg nach der Wohnstube, tötete die im Wochenbett liegende Frau und führte durch den Hausflur und den Stall ins Freie. Das vierzehnjährige alte Kind der Wöchnerin, das diese bei sich hatte, blieb völlig unverletzt.

Berlin. In der vierten Morgenstunde wurde im Tiergarten auf den Fuhrherrn Franz Krüger von einem unbekannt gebliebenen Mann ein Mordattentat mit einem Revolver verübt. Krüger wurde durch Schrotkugeln in Gesicht schwer verletzt.

Blauen i. W. In Dürnberg bei Hof war am 24. Juni an einem 11jährigen Schulkind ein Mord verübt worden. Als der Tat verdächtig wurde der Lehrer der Schule fest-

genommen. Dem „Bogländischen Anz.“ zufolge, gestand dieser, nachdem er die Tat bis auf das entscheidende gezeugnet hatte, am Montag nach dreistündigem Kreuzverhör die Tat ein.

Newyork. Sieben Meilen von Ashland in Wisconsin explodierte eine Pulvermühle. Es blieben 52 Arbeiter auf der Stelle tot. Nachlässigkeit soll die Ursache der Explosion sein.

London. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem elektrischen Wagen wurden in London acht Personen verletzt.

Literarisches.

Im Parteiverlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheint wöchentlich 1 Heft à 10 Pf. der illustrierten Roman-Bibliothek „In freien Stunden.“ Mit dem 27. Heft hat ein neuer Band begonnen, mit welchem gleichzeitig auch ein neuer Roman, „Der Deserteur“ von H. Buchanan seinen Anfang genommen hat. Der Schriftsteller hat sich von seinem Nachhaken vollständig dem Unter-gegangenen gewidmet. Neben diesem Hauptroman ist noch zum Abdruck gelangt: Der tote Zimmermann, eine Humoreske von Fr. G. Schäfer; ferner „Ein kaltenischer Betrüger.“ Für Unterhaltung, Humor und Scherz sorgt ein Feuilleton. Wir empfehlen allen unseren Lesern eindringlich, auf diese Heftige, dabei aber durchaus gute Unterhaltungsliteratur zu abonnieren. Bestellungen nehmen entgegen alle Buchhandlungen, die Zeitungsausleger und Kolportage, sowie auch die Post.

Statt besonderer Meldung.

Sonnabend abend 12¹/₂ Uhr entschlief sanft nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Privatmann

Johann Griesbach

im 62. Lebensjahre. Tief betrauert von den Seinen.

Elise Griesbach, geb. Hein.

Lübeck, den 15. Juli 1906.

Rageburger Allee 24.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 19. Juli, vormittags 10¹/₂ Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus statt.

Beginn der Trauerfeier 10¹/₂ Uhr.

Todes-Anzeige.

Montag früh 9¹/₂ Uhr starb nach langem schwerem Leiden meine liebe gute Tochter und unsere liebe gute Schwester

Luise Minna Sophia Dedow

im vollendeten 21. Lebensjahre Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von mir und meinen Kindern.

L. Dedow.

Die Beerdigung findet am Donnerstag 11¹/₂ Uhr von der Kapelle des Allgem. Kirchhofes aus statt. Trauerfeier 11¹/₂ Uhr. Aufnahme 11¹/₂ Uhr.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, sowie für die zahlreiche Kranzsende anlässlich des Todes meines mir unvergeßlichen Mannes sage hiermit allen, insbesondere dem Sozialdemokratischen Verein Stodellsdorf und Umgebung, sowie den zahllosen Lübeck und Stodellsdorf des Verbandes der Zimmerer tiefgefühlten Dank.

C. Grützmacher und Familie.

Zu vermieten zum 1. Oktober eine freundliche Wohnung, Preis 145 Mk. Zu beziehen von 10-12 und 6-8 Uhr.

Engelswisch 33 3, Lörweg.

Sauberes Laufmädchen

sofort geizt Geberstraße 21. I.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Bestmann, Friedenstr. 47.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege. H. Schreiber, Breitestr. 24

Getragene Arbeitskleidung u. Schuhe kauft A. Pohl, Marlesgrube 41. Bitte Briefkarte.

Som-Abbruchlager

billig zu verkaufen: Türen, Windfänge, Fensterlatten, Fenster, eichene und hölzerne Balken, Bretter, Bauholz, Kobre, Dachsparren.

Tannenstr. 450 Mk. Preis: Eichenstr. 650 Mk. ab Lagerplatz H. Hartog, Kanalstraße, Ecke d. Glockengießerei.



Ladw. Hartwig. Sie erhalten Linsen-Marken.

Hollsetten Tilsiter Käse Pfd. 60 Pf. **edlen Limburger St.** 40 u. 80 Pf. **Bayerischen Bierkäse** Pfd. 60 Pf.

Butterhandlung „Zur Krone“

Markt 9. Breitestraße 70.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Schwiat. — Berleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg. Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Hierdurch erlauben wir uns, zu unserer am 19. ds. Mts. stattfindenden

Silberhochzeitsfeier

bestehend in Konzert und Ball
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52,
alle Freunde und Bekannte ganz ergebenst einzuladen.
Beginn der Feier abends 7 Uhr.

Fr. Leeke und Frau.

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

B. Thiele, Fünfhausen 7,
Schuh-Reparaturwerkstatt mit elektrisch. Betrieb.
Prompte Bedienung. Saubere dauerhafte Arbeit.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 18. Juli
abends 8¹/₂ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1906.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

NB. Das Bureau ist bis auf weiteres von 7¹/₂-8¹/₂ Uhr abends geöffnet, Sonntags von 10-11 Uhr.

Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 18. Juli. 8 Uhr.
Einnahme Aufführung.
Schülerbillets 50 Pf.

Das Glück im Winkel.

Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.
Donnerstag: Zum letzten Male.
Herzogin Grevette.
Vorverkauf bei F. W. Kaibel, Otto Borchert, Breitestr. u. Drefalt, Sandstr.
Düsenbillets an der Theaterkasse.
Ab 9 Uhr: Schuttbillets.

Damen-Schwimmen.

L.V. Die Zeit, wo man körperliche Übungen als für das weibliche Geschlecht nicht schädlich ansah, ist vorüber, noch vor wenigen Jahrzehnten stand das Schwimmen nur dem stärkeren Geschlecht zu! Wehe dem Weibe, das gewagt hätte, starre Vorurteile zu durchbrechen und ebenfalls gleich dem Manne im Reize von gleichgestimmten Frauen sich im Spiel der Wellen zu betätigen oder sich von den schäumenden Lippen des Gottes Neptun lieblosen zu lassen — der Fluch der Unweislichkeit hätte sie geschädelt! Da war dieser Fluch noch von solch tiefgehender Wirkung, daß kein weibliches Wesen sich diesem aussetzen wollte. Heute ist das anders geworden, und jeder Vorurteillose wird den Bestrebungen, die der gänzlich verkehrten Erziehung, den Modevorurteilen, der Degeneration, hervorgerufen durch die meist in gebückter Haltung und staubiger, verdorbener Luft betriebene Beschäftigungsweise, entgegenarbeiten, mit Freuden begrüßen.

Die Leibesübungen des weiblichen Geschlechts sind keineswegs eine Erfindung der jüngsten Zeit. Die Mütterzeit der weiblichen Erziehungslust liegt vielmehr im Altertum: Die Iphigeneische Erziehung schloß die gymnastischen Übungen auch für die Mädchen und Jungfrauen vor, auch sollen die Römerinnen des Schwimmens nicht unkundig gewesen sein. Indische Fürsten umgaben sich mit einer Leibeswache tapferer Frauen, die ihren Mut nicht aus Romanen schöpften, noch ihre Tapferkeit auf dem Tanzboden bewiesen. — Doch wir brauchen nicht so weit zu schweifen, auch bei den germanischen Jungfrauen und Frauen standen die Leibesübungen in hoher Blüte. Mit Speer und Bogen mußten sie gut umzugehen, was die Römer in verschiedenen Schlachten nach ihrem Siege über die Männer zu ihrem Leidwesen des öfteren aus eigenen Läben spürten, da sie sich alsdann mit den Frauen herumzuschlagen mußten, die ihnen noch viel zu schaffen machten.

In der Mittelzeit, ganz besonders aber im „Heldenalter“, kam die Körperpflege des weiblichen Geschlechts immer mehr in Vergessenheit, bis das Zeitalter der Aufklärung mit den Pittagoräern, dem Engländer Locke und dem Pädagogen Rousseau an der Spitze, auch dem weiblichen Geschlecht eine erzieherische Gymnastik gab. Nun regten sich auch die Ärzte, und namhafte Pädagogen redeten der körperlichen Erziehung nicht allein der Frauen, sondern auch der Mädchen das Wort. Guts Muths und aus entzündeten Pestalozzi traten für gleichmäßige Ausbildung der Kinder, also auch des weiblichen Geschlechts, ein.

Wenn schon den Knaben und Männern das Schwimmen als die gesündeste Körperübung nicht genug empfohlen werden kann, so muß es doch für die Frauen und Mädchen mindestens von gleicher Bedeutung sein!

Die harten Anforderungen des Lebens an den chneidigen weiblichen Organismus, der durch die von Generation auf Generation vererbte naturwidrige Lebensweise schon sehr geschwächt und dessen Widerstandskraft durch die übertriebenen Vergnügungen noch mehr herabgesetzt wird, werden das Interesse für eine entspannende Leibesübung immer mehr. Welches Mittel wirkt wohl da auf die Lebensenergie heilsamer als das Schwimmen? Abgesehen von dem praktischen Nutzen des Schwimmens, sind seine Bewegungen für die Frau ebenso kräftigend, wie für den Mann. Gerade weil die Muskeln des weiblichen Geschlechts schwächer sind, als die des Mannes, ist ihnen eine leichte Gymnastik besonders angemessen.

Aber vor allem in ihrem wichtigsten Entwicklungsstadium zwingt der Kampf ums Dasein dem Arbeitermädchen einen Beruf auf, der es an ungesunde Fabrikräume, an Lärm und Rost und Rauch zu mühevoller Handarbeit in gebückter Stellung nötigt. Ueberdies ist es statistisch nachgewiesen, daß die Hälfte der jungen Mädchen, in manchen Großstädten sogar 80 bis 90 Prozent, an Minderwertigkeiten teils leichter,

teils schwerer Art leiden! Das sollte also unbedingt das Baden, das Schwimmen energisch in den schädlich beeinflusstem Organismus eingreifen; es erhält und hebt die Leistungsfähigkeit, erhöht die Lebenskraft und Lebensdauer; daneben ist es auch noch geeignet, einen schönen, harmonisch ausgebildeten Körper erzielen zu helfen.

Gegenüber solchen gesundheitlichen und ökonomischen Bedeutungen muß auch der Wert jener Leibesübung für die Charakterbildung hervorgehoben werden. Stählung der Willenskraft, Selbstgegenwart, folgerichtig fortschreitende Gewöhnung an Anstrengungen, Beharrlichkeit, Unbefangtheit, das Gefühl der Sicherheit, die vollkommene Herrschaft über das Element — das sind Beweise, die für das Leben von unschätzbarem Werte sind.

Wer aber Nachteil aus solchen Leibesübungen für die weibliche Anmut besüchelt, der beobachte bei Schwimmfesten unsere beherzten Schwimmerinnen einmal: fester Schritt, leichter, elastischer Gang, aufrechte Haltung, helles Auge, gesundes Rot auf den Wangen — echt weibliche Anmut! Die heuchlerische Scham, die falsche Prüderie, das alles kann den Fortschritt der unaufhaltsam zunehmenden Bewegung nicht mehr hemmen. Der Freude an einem gesunden, rüftigen Körper können solche irdischen Vorstellungen keine Schranken mehr anlegen. — Möchten darum alle Belebungen, die geeignet sind, das Schwimmen unter der weiblichen Bevölkerung zu verbreiten, von Segen gekrönt sein.

Den Frauen und Mädchen aber, die solchen Bestrebungen noch fernstehen oder diese mit schüchternen Blicken verfolgen, mögen jene Worte unseres größten Menschenkenners, Goethe, zu denken geben: „Willst du zierlich erscheinen und bist nicht sicher? Vergebens! Nur aus vollendeter Kraft blüht die Anmut hervor!“

Soziales und Parteileben.

1000 Maurer auf der schwarzen Liste.

Die Augsburger Bauunternehmer veröffentlichen eine mit 965 Namen versehene Liste, genau mit Vor- und Familiennamen, Wohnort, Geburtsort und -jahr versehen, zu Tausenden an das deutsche Unternehmertum im Baugewerbe, und zwar mit folgendem charakteristischen Urakbrieft:

Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für Augsburg und Umgebung und des Kreises Schwaben und Neuburg, Augsburg, den 11. Juli 1906.

Sehr Hochgeborn!

Anbei übersenden wir Ihnen eine Liste sämtlicher in Augsburg und Umgebung beschäftigten Maurer.

Seit dem 9. Juli d. J. befinden sich unsere Maurer im Streik, und bitten, veranlassen zu wollen, daß Ihre Herren Verbandsmitglieder, sowie auch jene Kollegen, welche dem Verbands nicht angehören, keinen der in der Liste enthaltenen in Arbeit nehmen, bezw. schon Eingestellte sofort wieder entlassen.

Dieser Streik wird vom gesamten Publikum als ein höchst schmerzhaft betrachtet, indem wir schon im Frühjahr eine freiwillige Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Tag eintreten ließen, und trotzdem sind die Maurer neuerdings wieder mit einer Forderung an uns herangetreten.

Wir erziehen Sie nochmals höflichst, uns in diesem Streite kräftig zu unterstützen, um der Sache wirksam und mit Erfolg entgegenzutreten zu können.

Zu Gegendiensten stets gern bereit, zeichnet mit kollegialen Gruß

Der Vorstand des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für Augsburg und Umgebung und des Kreises Schwaben und Neuburg.

Urban Müller, Baumeister.

Die Streikenden fordern einen Stundenlohn von 48 Pf., was bei den in Augsburg ziemlich teuren Lebensverhältnissen sehr unzumutbar ist. Dafür werden sie nun bestraft und geächtet; der Staatsanwalt schaut vergnügt zu.

Im Banne des Spiritismus.

Reizoman von Friedrich Thiele.

61 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ein Zeuge, der Ihre Unschuld bekunden wird, soll ein treffen? Wer ist das?“

„Sie werden ihn bald genug sehen, Herr Staatsanwalt. Es möge Ihnen für jetzt genügen, daß ich wieder da bin, — ich habe meine Reisen hinter mir, bin Tag und Nacht gefahren, um so schnell als möglich hier einzutreffen, ich bin äußerst erschöpft und ermüdet — erlassen Sie mir alles Weitere bis zu der Stunde, wo die Notwendigkeit zu sprechen an mich herantritt.“

„So schwer es mir wird, meine Unschuld zu zügeln, bin ich natürlich gern bereit, Ihrer Bitte zu willfahren. Sie hoffen also, der Zeuge werde genügen, Sie zu entlasten?“

„Er wird es.“

„Und Sie — Sie wären darnach wirklich unschuldig?“

„Ich habe in allen Stücken die reine Wahrheit gesagt.“

Der Staatsanwalt schüttelte den Kopf.

„Das ist der sonderbarste Fall, der mir in meiner Praxis vorgekommen — ich begreife nicht, wie Sie den entsetzlichen Vorfall erklären wollen — möge es sein, wie Sie wünschen.“

So wurde Arthur v. Lillo alias Doktor Felix Müller in sein Gefängnis zurückgeführt.

33. Kapitel.

Der Tag der großen Seance ist erschienen.

Am Morgen hat Mr. Dow noch ein ärgerliches Rencontre mit dem Fabrikanten Prug. Die Verlegenheit des angeblichen Millionärs hatte sich zur regelrechten Krise ver-

schärft und wenn auch vorläufig nur eine an sich nicht bedeutende Summe in Betracht kam, so konnte die Unmöglichkeit, dieselbe zu beschaffen, das Haus Prug doch bedenklich zum Wanken bringen.

„Ich muß Geld haben, Meister“, drängte Prug den Amerikaner, selbst auf die Gefahr hin, den Richter über die Wahrheit über meine Verhältnisse eingesehen zu müssen. Uebrigens können wir ja auch einen plausiblen Vorwand erfinden — berufen Sie noch heute eine Generalversammlung ein.“

„Aber, lieber Freund, ich bitte Sie, heute, wo wir die große Sitzung vorhaben.“

„Mir egal, ich kann nicht warten. Ich habe Ihnen geholfen, helfen Sie mir nun ebenfalls.“

„Sie sehen aber doch selbst ein — außerdem ist es zweifelhaft, ob die vom Verein der Brüder der Liebe aufgesetzten Mittel in rascher Frist flüssig zu machen sind — wenn ich nicht irre, sagte mir Wolfert neulich, er habe den größten Teil in guten Hypotheken angelegt.“

„Das wäre ver-wünscht“, murmelte der Fabrikant, sich den Schwweiß von der Stirn wischend.

„Wissen Sie denn gar keinen anderen Weg, sich zu helfen?“

„Keinen“, erwiderte finster Prug. „Außer dem-jentgen —“

„Nur?“

„Den Sie mir erst gezeigt haben — benutzen Sie die propheatische Gabe Miß Hyde, erforschen Sie die Lage eines Schatzes.“

„Ich habe Ihnen schon die Gründe auseinandergesetzt, warum das jetzt nicht geht.“

„D, diese Gründe sind nicht unumstößlich. Es fehlt nur — Ihrem guten Willen, Mr. Dow. Oder —“

„Oder?“ fragte Allan insofern eines eigentümlichen Aufzudens im Gesicht des Fabrikanten wahr.

„Oder es war alles nur Phantasterei — wenn Sie

Schweinefälle als menschliche Wohnungen.

Unter dieser Ueberschrift berichtet man der „Rüchlichen Volksstimme“ aus Senftenberg: Auf dem Grundstück der Witwe Jantusch in benachbarten Thamm wohnen zwei Familien buchstäblich in Schweinefällen. Die eine Familie, aus sechs Köpfen bestehend, wozu sich noch zwei Kanarienvogelchen gesellen, wohnt in einem Raume von 4 1/2 Quadratmetern Bodenfläche; es ist keine Dielen- und kein Ofen vorhanden, vom Stallboden hängt das Stroh herab in diese herrliche Behausung. In dem angrenzenden Raum, der im vollen Sinne des Wortes ein Schweinefall ist, logiert die zweite Familie. Ob die Eltern selbst das Hinabsinken in so traurige Verhältnisse verschuldet haben, das zu unterfragen, ist nicht unsere Sache, aber um der unglücklichen Kinder willen, die hier im Schmutz verkommen müssen, sollte die zuständige Behörde schnell für Abhilfe sorgen.

Ein „Vorwärts“-Prozess sollte Sonnabend vor dem Berliner Schöffengericht zur Verhandlung kommen. Wegen Beleidigung des kaiserlich russischen Staatsrates v. Sievers in Koenigsberg bei Riga war der Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Hans Weber, angeklagt, der von Rechtsanwalt Dr. Karl Diebnecht verteidigt wurde. Der in Rußland weilende Staatsrat v. S. wurde von dem Justizrat Wagner vertreten. Gegenstand des Verfahrens ist ein in Nr. 35 vom 11. Februar d. J. im „Vorwärts“ erschienener Artikel, der sich mit den Wirnissen in den russischen Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland beschäftigte. In diesem werden schwere Anschuldigungen gegen die dort ansässigen Gutbesitzer erhoben und es wird behauptet, daß in den meisten Fällen der zahlreichen Einrückungen von Gütern die Brände von den Besitzern selbst veranlaßt seien, um dann von den Versicherungsgesellschaften möglichst hohe Summen zu erlangen. Die Brandlegungen wurden dann von den Gutbesitzern auf die Revolutionärpartei abgewälzt. So habe ein Herr B. von Roth in Ruma ein kleines Häuschen in Brand stecken lassen und dafür, obwohl das Gebäude nur 400 Rubel Wert hatte, eine Versicherungssumme von 1000 Rubel erlangt. In dem Artikel wurden mehrere andere Gutbesitzer namhaft gemacht, die sich der gleichen verbrecherischen Handlungen schuldig gemacht haben sollten, u. a. auch der Gutbesitzer v. Sievers in Livland. Vor Gericht erhob Rechtsanwalt Dr. Diebnecht den Einwand, daß die erforderliche Akkreditation auf Seiten des Klägers nicht vorhanden sei, da es in Livland mehrere Gutbesitzer des Namens Sievers gebe. Justizrat Wagner machte dagegen geltend, daß der Staatsrat v. Sievers der einzige Sievers in ganz Livland sei, dessen Gut tatsäclich abgebrannt sei. Von der Erlangung einer Versicherungssumme könne jedoch bei dem Kläger keine Rede sein, da dessen Besitzum überhaupt nicht versichert gewesen sei. Ueber die Frage der Akkreditation des Klägers entstand eine längere Debatte, da der Verteidiger sich mit Recht auf eine andere Schreibweise des Namens (Sievers statt Sievers) stützte und behauptete, der fragliche Bericht beziehe sich gar nicht auf den Kläger. Die Sache wurde schließlich vertagt, da weitere Beweisaufnahmen statfinden sollen.

Sozialdemokraten vor Gericht. Wegen Beleidigung des Amtsblattredakteurs Dr. Logan in Pittau, ist der verantwortliche Redakteur des „Armen Teufel“, Genosse Schmittler, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Amtsblattredakteure haben bekanntlich, wie in dem Beleidigungsprozeß des Gothaer Amtsblattredakteurs gegen den Redakteur unseres dortigen Parteiblattes festgestellt wurde, Schimpffreiheit, während sie selbst im Interesse der herrschenden Ordnung gegen die verdienstlichen Angriffe der sozialistischen Presse fürsorglich geschützt werden müssen.

Das Haus und Fern.

Im Bander Prozeß zu Vreslan hielt am 22. Verhandlungstage der Staatsanwalt seine Anklagerede. Er setzte in längeren Ausführungen auseinander, wie schon

früher, warum Sie? Wie brauchen immer Geld, und wenn es so leicht in Tausenden zu beschaffen ist, warum geben wir uns so viel Mühe, es hart und und großemweise zusammenzutrommeln?“

Der Spiritist zog die Stirn in drohende Falten. Ein Blick des Hornes traf aus seinem lebhaftesten beweglichen Augen den Skeptiker.

„Ist es soweit mit Ihnen gekommen?“ rief er in strafendem Tone. „Haben all die Wunder, deren Zeuge Sie gewesen sind, Ihren Glauben an unsere Sache nicht tiefer Wurzeln fassen lassen? Um so schlimmer für Sie, Herr Prug. Inwiefern?“ er schweig, augenscheinlich um einen sein Gehirn durchkreuzenden Gedanken zu verfolgen. Pöblich fuhr er fort, „Sie zweifeln also an der Wahrheit meiner Worte? Nun wohl, Sie sollen eines Besseren belehrt werden. Ich will Miß Hyde befragen und Ihnen heute abend vor Beginn der Seance Antwort sagen.“

Prug stieß über von Freude und Dankbarkeit, in bester Laune verließ er den Spiritisten, keinen Augenblick in Zweifel über dessen Qualifikation, das gegebene Versprechen zur Tat zu gestalten.

Der Amerikaner schob ihm einen giftigen Blick nach. Das Anstehen kam ihm unangenehm, und doch mußte jetzt, wo der endgültige Sieg vor der Tür stand, alles vermieden werden, was die Stellung der Medien irgendwie ungünstig beeinflussen konnte. Aus einem so fanatischen Anhänger durfte keinesfalls ein Abtrünniger werden, der Abfall hätte Sensation erregt, und der Brüdern der Liebe unendlich Schaden zugefügt, da die Gegner nicht versetzt hätten, ihn gebührend auszunutzen.

„So schwer es mir fällt“, murmelte Dow, „will ich dem Dummkopf ein paar hundert Mark zum Opfer bringen, ich stehe ja ohnedies noch in seiner Schuld.“

Abends 8 Uhr.

Eine zahlreiche Gesellschaft ist im Salon des Barons

1890—1896 der Angeklagte v. Zander bei Wandel, Grothe, Müllig über 35000 Mk. Schulden aufnahm, dabei seine Lebensversicherungspolize verpfändete und sonstige nicht vorhandene Sicherheiten gab. Er sei trotzdem fortgesetzt in Zahlungsschwierigkeiten gewesen, habe Hauswirte, Rekruten- und Landwehroffiziere anborgern müssen und sogar vom Feldwebel und aus der Kontinentalen kleinere Summen gefleht. 3000 Mk. schloß ihm durch eine höchst bedenkliche Anleihe der Defiant der Kavallerie vor. Auch das Anborgern der Feldwebel kommt wohl sonst nur in Wehrkreisen „Jena oder Weba“, nicht aber im preussischen Heere vor. (?) Das Größtgeschäft brachte nicht den erhofften Gewinn. v. Zander erhielt allerdings 110000 Mk. bar, aber anstatt weitauswärts die dringendsten Gläubiger zu befriedigen, kaufte er Schmuckstücke, nicht etwa um seine Frau kalt zu stellen, wie er heute angibt, sondern um ein Fideikommiß für seine Familie zu gründen. Ein verbrecherischer Plan angefaßt, seiner Vermögensverhältnisse. Und nun folgen Schritte für Schritte die unsauberen Geschäfte, durch die sich der Angeklagte über Wasser halten zu können glaubte. Ich gebe dem Angeklagten zu, daß er lebendig durch bittere Zwangslage und Not dazu gekommen ist, unsaubere und unsatze, strafbare Handlungen zu begehen, um das dringend notwendige Geld in die Finger zu bekommen. In einer Tagesrechnung erklärt der Angeklagte ja selbst, er müsse sich auch auf unsaubere Geschäfte des Gewinnes wegen einlassen, er könne sich ja nachher hinter jesuitischen Ausreden verstecken. Ich bin sehr überzeugt, daß Herr v. Zander früher ein tabellarischer Ehrenmann war. Ob er es aber noch in den letzten Jahren war, möchte ich stark bezweifeln. (Wie schonend ausgebrütet.) Mich treibt wirklich nicht, wie Herr v. Zander glaubt, irgendeine persönliche Antipathie gegen ihn — ich wüßte nicht, wie ich dazu kommen sollte —, sondern es ist einfach meine Amtspflicht, darauf hinzuweisen, daß nach den unsauberen Geschäften des Angeklagten ihm fast jede Straftat zuzutrauen ist. Gewiß wird niemand von uns Arbeit für eine Schande halten. Aber so empört auch Herr v. Zander über meine Bemerkung war, muß ich wiederholen: Es ist etwas anderes, zu arbeiten, als lebendig für die Vermittlerfähigkeit in Grundstücken, die für einen alten Offizier kaum fair ist, Geld einzuflecken. Aber viel schlimmer ist, daß der Angeklagte sich von Gerichtsvollziehern Geld geborgt und trotz ehrenwörtlichen Versprechens nicht rechtzeitig zurückgeben hat. Er als alter Offizier hat sich nicht geschämt, Leben und Ehrezeichen zu verkaufen, er hat sich hinter die jesuitische Ausrede versteckt, auch Friedrich der Große habe die Kronjuwelen verkauft, um den Staat zu retten. Er als ehemaliger Offizier hat sich mit einem gefangenen Zuchthäuser in Verbindung gesetzt und durch einen ungetreuen Gefängnisbeamten Briefe rechtswidrig nach außen befördern lassen. Er als alter Offizier mußte wissen, daß diese Pflichtwidrigkeit für den Beamten den Verlust der Stellung und schwere Freiheitsstrafe zur Folge haben konnte, die sie tatsächlich auch gehabt hat. Seine persönlichen Beziehungen zu den Ministern hat der Angeklagte dazu benutzt, um Gnadengesuche für allerhand verurteilte Personen zu erwirken. Von diesen Leuten hat er sich Geld dafür geben lassen. Der Staatsanwalt gibt zu, daß alle Unternehmungen des Angeklagten aus Gründen gescheitert sind, die außerhalb der Machtsphäre des Angeklagten lagen, mag es nun der Abschluß des Kaschibankens oder der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges gewesen sein. Aber sie waren schließlich nur Hoffnungen und Entwürfe, nirgend eine sichere Grundlage, nirgend fester Boden unter den Füßen. Dabei die enorme Schuldenlast, die bis Anfang 1905 auf mindestens 200 000 Mk. gestiegen war. Die zahllosen Pfändungen, Zahlungsbefehle und Klagen zeigen Ihnen die Akten, die hier in dem achtzehnjährigen Schrank vor Ihnen aufgeschapelt sind. Und wie viele Gläubiger mögen die Klage unterlassen haben, weil sie ja doch aussichtslos war, weil der Angeklagte nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern auch fast allen zukünftigen Erwerb bereits an Müllig verkauft hatte. Was Frau v. Zander anbetreffend, so bitte ich ihr doch Milderungsgründe in weitestem Umfange zuzubilligen und deshalb zu ihren Gunsten die Frage nach einer fortgesetzten Handlung und nach mildernden Umständen zu bejahen. Bei zwei kleineren Befragungen und zwei Kohlenhandlungen lasse ich die Anklage fallen. Im Falle Gassel-Breslau, der erklärte, er fühle sich nicht geschädigt, und bei den Fleischerhandlungen stelle ich keinen Antrag. In den übrigen 59 Betrugsfällen beantrage ich, Frau v. Zander

schuldig zu sprechen, schuldig des Betruges, aber nicht in Gemeinschaft mit ihrem Gatten. Denn die Anklage wegen Betruges gegen Major v. Zander werde ich fallen lassen. (Große Bewegung.) Wenn ich jetzt auch wegen des gerabegun ungläubigen Optimismus des Angeklagten, und weil er es an Versuchen nicht hat fehlen lassen, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, die Anklage des Betruges gegen ihn fallen lasse, so muß ich doch die Herren Geschworenen darauf aufmerksam machen, daß dieser ganze Entlastungsbeiwert nur auf diesen einen Punkt der Anklage und nicht auf die schwereren Verbrechen des Meineides und betrügerischen Bankrotts zutrifft. Major v. Zander kann sich nicht Straflosigkeit sichern dadurch, daß er den Konkurs nicht eröffnet hat. Denn er war damals so überschuldet, daß auf Antrag jedes Gläubigers jedes Gericht anstandslos den Konkurs eröffnet hätte. Frau v. Zander hat nur deshalb die Zahlungen nicht eingestellt, weil sie überhaupt nicht gezahlt hat. (Große Heiterkeit.) Sie befand sich dauernd im Zustande der Zahlungsunfähigkeit. Angesichts dieser allgemeinen Zahlungsunfähigkeit der Bankerschen Eheleute wurde der Vertrag mit Müllig geschlossen. Aus zahlreichen Indizien folgt, daß es ein Scheinvertrag war, wenn auch der Zeuge Joachim bona fide daran mitgewirkt hat. Unterschlebslos sind auch Sachen der Frau und Kinder mitverkauft worden. Das Vermögensverzeichnis ist nachlässig aufgestellt, der Marktpreis nie gezahlt, die Feuerversicherung und die Landbesitz als Hypothekengläubigerin nie benachrichtigt worden. Fast aller Gutwilligkeit ist der Angeklagte Müllig ganz kraft auf seinen Vorteil bedacht und Herr v. Zander nennt ihn vielleicht mit Recht in seinem Tagebuch einen Halsabschneider. v. Zander ist durch den Scheinvertrag der völlige Sklave Mülligs geworden, der ihn für seine zahlreichen Geschäftsunternehmungen verwandte, wie er ihn auch vor seiner Tür um jede 10 Mk. betteln ließ. Beide Teile waren sich vollkommen bewußt des Zweckes, des Stieles und des Erfolges dieser Transaktion und ich hoffe, meine Herren Geschworenen, Sie werden es auch sein. Ich bitte Sie deshalb, die Fragen nach betrügerischem Bankrott für den Angeklagten v. Zander und nach Beihilfe für den Angeklagten Müllig zu bejahen. Die Anklage hatte ursprünglich ein Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensgegenständen auch in der Lieferung von Stoffen an die Schneiderin Horn und in der Sendung von Gardinen an die Firma Spindler unter einer Deckadresse gesehen. Diese beiden Punkte läßt sie fallen, aber hält die Anklage der Beiseiteschaffung im übrigen gerade im Hinblick auf den Vertrag mit Müllig und die Verheimlichung der Freisichen Schmuckstücke aufrecht. Die Beihilfung mildernder Umstände beantrage ich für beide Angeklagte v. Zander und für Müllig, mit Rücksicht darauf, daß eine dauernde Schädigung der Gläubiger wohl nicht beabsichtigt war und die übliche Vermögenslage hauptsächlich dem Verschulden eines Dritten, der Frau v. Zander, zuzuschreiben war. Hierauf tritt eine längere Pause ein, nach der Staatsanwalt Schwedersky sein Plaidoyer fortsetzt. Darnach wurde das von uns bereits gestern unter „Letzte Nachrichten“ mitgeteilte Urteil gefällt.

Ein Schußmann als Zuhälter. Aus Breslau wird geschrieben: Der Bizefeldwebel und frühere Schußmann Karl Bär vom Bezirkskommando Breslau war von der Strafkammer in Breslau wegen Zuhälterei und Betruges zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Kriegsgericht der ersten Division verurteilte ihn jetzt zur Degradation, da er sich unwürdig gemacht, weiter im Heere die Stelle eines Vorgeleiteten einzunehmen. Der 30jährige Angeklagte ist seit 1894 Soldat. Als Schußmann in Breslau verkehrte er intim mit der Prostituierten Theresie Janker. Er offenbarte dieser seine schlechten Vermögensverhältnisse. Von den Einnahmen der Janker nahm Bär teilweise Geldbeträge in Höhe von mehr als 900 Mark an, ferner Zigaretten, Zigarren, ein Anzug, vier Ballustränge im Wert von 470 Mark. Die Prostituierte gab ihm dies, da sie glaubte, daß er sie heiraten werde.

Ein Mörder in der Uniform. Aus Rottenburg wird der „Schwäbischen Tagwacht“ geschrieben: Vor 23 Jahren wurde hier die 18jährige Tochter des Messerschmieds P. Kalltmarkt, als sie ihrer Mutter das Nachtessen in die obere Küche bringen wollte, im Hagenwirth verzwangelt, ihr ein Messer in den Mund gesteckt, Arme und Füße zusammengebunden und dann der Körper in den Keller geworfen. Nach einigen Tagen wurde das Mädchen als Leiche herausgezogen. Diese

Tat blieb ungeklärt, und bis zum heutigen Tage wurden verschiedene angesehenen Bürger der Tat verdächtigt. Nun kommt Licht in die Sache. Vor 10 Jahren starb in Eberbachhausen der seinerzeit hier bedienstete Stationskommandant Bösling. Dieser gefand auf dem Totenbette dem Pfarrer die Mordtat; der Pfarrer durfte aber das Geheimnis, da niemand beurteilt oder unschuldig in Haft genommen war, nicht verraten. Als nun der Pfarrer ebenfalls zum Sterben kam, teilte er seinem Seelsorger das Geheimnis mit und letzterer setzte hieron die noch lebende Mutter des Mädchens (der Vater starb vor einigen Monaten) in Kenntnis. Ein Mann, der stark im Verdacht stand, legte sich seinerzeit auf die Schienen; auch wurden mehrere Prozesse wegen Verleumdung angestrengt, weil der Vater des Mädchens andere öffentlich als Mörder verdächtigte. Und nun hat sich das Blatt gewendet, der Mörder steckt in der Uniform und war an der Untersuchung des Falles damals beteiligt.

Vom Bahnan in Südwestafrika schreibt dem „Hlg. Echo“ ein dort beschäftigter Parteigenosse, daß die Firma Benz u. Co., welche die Arbeiten übernommen hat, vor dessen Unterschrift der Vertrag gezeichnet werden müsse. Den Arbeitern werde darin versprochen, sie würden bei fleißigem Arbeiten nach Ablauf eines Jahres eine Qualifikation von 1000 Mark erhalten; bei freier Beschäftigung und Wohnung betrage der Stundenlohn 25 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit. Aber „um die Unmöglichkeit zu verhindern“, müssen die Leute ihren Lohn bis auf 50 Pf. tägliches Taschengeld stehen lassen, können jedoch in der Kantine Getränke auf Rechnung erhalten. Praktisch liegt nun die Sache so, daß unter hundert Mann kaum zehn die Qualifikation erhalten. Zwischen werden nicht einmal die 50 Pf. Taschengeld ausbezahlt. Daß dann die Leute zufrieden werden, ist befreilich; aber der Kontrakt bindet sie, und die Rückfahrt können sie nicht bezahlen. — Unser Genosse erjucht, auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen, damit es nicht noch mehr Opfer der Kolonialpolitik gibt.

Eine junge Frau von 105 Jahren. In New York starb vor einigen Tagen eine Frau namens Mary Fay im Alter von 105 Jahren. Bei der Leichenschau sprach der ärztliche Beamte sein Erstaunen darüber aus, daß der Körper der Verstorbenen so wohl präserviert und ernährt sei wie der einer Fünfunddreißigjährigen. Die Organe waren alle vollkommen gesund. Die Zähne waren wunderbar erhalten. Die einzige Spur von Verfall wurde in den Arterien des Gehirns bemerkt. Die alte Frau lebte während der letzten 40 Jahre nur von Brot und Milch. Sie aß während dieser Zeit weder Fleisch noch Gemüse und trank nichts, ausgenommen Milch und Wasser. Einige Ärzte meinen, daß dieser Fall die Behauptung des Professors Metchnikoff bestätigte, nämlich, daß Ernährung mit saurer oder geronnener Milch die Schwächen, welche mit einem hohen Alter verbunden sind, erfolgreich belämpfe.

Literarisches.

Das kommunistische Manifest. Dem Wunsche nach theoretischer Vertiefung entspricht, wie selten eine Schrift das werden in neuer Auflage mit einem Vorwort von K. Kautsky im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin erschienen. „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der sozialistischen Literatur. Trotz der 60 Jahre Zeitfortschritt haben darin die aufgestellten allgemeinen Grundzüge im Ganzen noch heute ihre Wichtigkeit; und die hier in unerreichter Reife und pro grammatischer Kürze entwickelte Marx' Engels'sche Auffassung ist heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Parteien aller Länder geworden. Der Preis der gut ausgestatteten Broschüre beträgt 50 Pfennige, eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe ist zum Preise von 20 Pf. zu haben. Die Broschüre kann auf Bestellung durch alle Parteiluchhandlungen, Kolporture und Zeitungsausträger, sowie gegen Einsendung von 55 Pf. direkt durch die „Buchhandlung Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, bezogen werden.

Ämliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 14. Juli.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. Mt. 180—185, Roggen 120—125 Pfd. Mt. 160—165, Hafer, je nach Qualität Mt. 165—175, Gerste je nach Qualität Mt. 160—165.

Stephan von Lillo-Rochfeld versammelt. Wir erblicken alle unsere Bekannten aus den früher geschiederten Sokrates, die Baronin von Lillo mit ihrer Tochter, Frau von Steben, Frau Geheimrat Berger, Dr. William, Direktor Wolfert, Fabrikant Bruch, Professor Simrath nebst Gemahlin und Tochter, Professor Log und verschiedene andere Damen und Herren. Baron Stephan in elegantester Toilette machte in seiner launlichsten Weise die Honnors, Katie Hyde nimmt wie immer ihren Platz auf dem Sopha ein, Mr. Low sitzt ihr gegenüber.

Der Salon ist mäßig groß und ziemlich vernachlässigt, aber von den Eintretenden achtet Niemand darauf; es genügt, daß ihn kein Befehl für den Zweck des Abends entsprechend vergrößert hat, man erblickt keine Möbel außer einem tafelförmigen Tisch in der Mitte, um den sich eine Anzahl Stühle gruppieren, während auf der einen Seite längs der Wand ein Sofa sich hinzieht. Alle übrigen Gegenstände sind entfernt, alle Bilder von den Wänden genommen, die Fenstervorhänge herabgelassen. Ein vergoldeter Kronleuchter erhellt, von der Mitte der Decke herabhängend, das Zimmer.

In lebhafter Unterhaltung saßen und standen die Teilnehmer, von denen die meisten zum erstenmale einer Materialisation beizuhören sollten. Vor allem war Frau von Lillo in jener empfindlich-erregten Stimmung, welche auf das außerordentlichste vorbereitet ist; Agnes dagegen war mit ihrem Gedanken kaum bei der Sache, sie hatte am Nachmittag den Besuch der zurückgekehrten Freundin empfungen und diese ihr verraten, daß ihr bald eine freudige Ueberraschung bevorstehe.

Auf ihre Frage, was für eine, hatte Hedwig Simrath den Kopf geschüttelt, geheimnisvoll mit den Augen befangelt und erwidert: „Ich darf weiter nichts sagen.“ Und

als Agnes am Abend den Professor bei seinem Eintritte begrüßte und leise forschte, ob er nun das ihr gegebene Versprechen einlösen würde, nickte er lächelnd und raunte ihr zu, er hoffe, es werde sich zum bald alles zum Besten werden.

So saß denn das schöne Mädchen, gedankenvoll sinnend, was für eine Ueberraschung Hedwig denn meinen könne. Sie hörte nur halb auf das heitere Geplauder der neben ihr sitzenden Freundin, die von ihrer interessanten Reise erzählte, wie traurig verloren senkte sich ihr Blick bald da bald dort hin, ohne daß sie die Gegenstände zu sehen schien, auf denen die meerblauen Augen verweilten. Nur auf ihrer Mama haften sie manchmal mit einem Buge wirklichen Sichbewußtseins und dann prägte sich ein leichtes Mittel mit der armen irregeleiteten Seele in ihnen aus.

Plötzlich fuhr sie betroffen empor.
Die Stimme Lows drang aus nächster Nähe in ihr Ohr. Er stand hinter ihrem Stuhle.
„Wissen Sie schon das Neueste, meine Damen?“
„Nun?“ erkundigte sich Hedwig, mehr um ihre Freundin, deren Gemütszustand sie gar wohl verstand, der Notwendigkeit des Redens zu überheben, als aus Neugier oder Interesse.
„Der entflohene Arthur von Lillo ist wieder eingefangen.“
Agnes fuhr herum wie nach einem Adelsstich, erbleichend starrte sie den rücksichtslosen Sprecher an.
„Ist das wahr?“
„Man hat ihn nicht eigentlich gefangen, er ist vielmehr freiwillig zurückgekehrt, wahrscheinlich haben ihn Angst und Gewissensbisse oder auch Mittellosigkeit zu diesem keineswegs ungewöhnlichen Schritte veranlaßt.“

„Er ist freiwillig zurückgekehrt,“ zürmte Agnes, ohne das weitere Exposé des Amerikaners zu beachten. Die Worte floßen von ihren Lippen wie ein launiges Dankgebet und ihre Augen wandten sich mit einem Ausdruck von Genugtuung nach oben. „Er ist freiwillig zurückgekehrt, also ist er unschuldig,“ sagte sie leise für sich hinzu.

Der Spiritist hatte die Bemerkung doch vernommen.
„Da irren Sie sich, Fräulein Agnes, wie man mir sagte, soll er bereits ein offenes Geständnis abgelegt haben.“

Agnes zudte zusammen, ihre Wangen überleuchtete die Farbe des Todes. Hedwig schlang tröstend ihren Arm um sie.

„Glaube ihm nicht, er will ihn nur verleumdern,“ flüsterte sie ihr zu.

„Es kann ja nicht möglich sein,“ hauchte Agnes.
„Es ist auch nicht wahr, ich sage das nicht bloß, um dich zu trösten, liebe Agnes, ich weiß es bestimmt, ich weiß noch mehr, ich darf bloß nicht reden.“

„Warum nicht — o stille meine Angst, meine Zweifel, Hedwig!“

„Ich stille sie, indem ich Dir erkläre, daß Du meinen Worten trauen darfst. Im übrigen habe ich mein Wort gegeben, das muß ich halten. Also warten und hoffen, liebe Agnes.“

Man Low hörte das Gespräch der beiden jungen Mädchen nicht mehr. Eben als er seine letzte Neugierung getan, attackierte ihn Bruch, der schon lange vergebens eine Gelegenheit gesucht, sich ihm zu nähern.

„Reißer, auf ein Wort.“

(Fortsetzung folgt.)